

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochenblatt 50 Pf., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeile oder deren Raum 40 Pf., für
Werbes- und Veranlagungs-Anzeigen,

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 19. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der englische Bürgerkrieg.

Ihr in Deutschland — so schreibt uns aus London
Jemand, der in der Kenntnis englischer Verhältnisse von
niemand übertroffen, von wenigen erreicht wird — Ihr in
Deutschland, so warm Ihr auch mit den englischen
Maschinenbauern sympathisiert, so werthtätig und begeistert

„Der Beschluss des Hamburger Parteitags für unsere
Maschinenbauer hat einen außerordentlich guten Eindruck
gemacht, und trotz des nicht gerade beneidenswerthen Rufes, dessen
sich die deutsche Regierung hier erfreut, und trotz der Thaten
eines trefflichen Landsmannes Siemens ist das deutsche
Volk, das arbeitende Volk Deutschlands in England,
in dem England der Arbeit nie so geachtet und so beliebt
gewesen wie jetzt.“

„Euer Siemens ist übrigens ein unbezahlbarer Mensch, mit
seinen heißen Reservelieutenants-Manieren, die hier wundervoll
komisch wirken, und mit seiner schnarrenden, schneidigen
Lieutenantsstimme und seinem fürchterlichen: „The Unions
must be smashed!“ Die Gewerkschaften müssen
zerstört werden! Unbezahlbar ist die brutale
Majorette, mit der dieses deutsche Fabrikat — made in
Germany! — den „einzigsten Zweck“ — the sole object —
der Unternehmer-Koalition, ausplauderte: die Gewerkschaften
zu zerstören; unbezahlbar sein
Gesandnis, die Frage des Achtstundentages komme erst in
zweiter Linie!“

„Durch dieses thörichte Wort, welches das prahlhansige
Schreckenskind vergebens abzuleugnen und zu widerrufen
bemüht ist, hat Euer biedere Stumm-Genosse nicht bloß die Sache
der Maschinenbauer zur Sache sämtlicher Gewerkschaften, ja
sämtlicher Arbeiter Englands und der übrigen Länder
gemacht, sondern auch der Sache des Unternehmertums einen
bösen Mafel angehängt, und die öffentliche Meinung, soweit
sie noch nicht für die Arbeiter Partei genommen hatte, auf
seiten der Arbeiter gedrängt.“

„Was der Ausgang sein wird. Es läßt sich noch nicht
berechnen — was immer der Ausgang sein wird, gewonnen
hat die Sozialdemokratie!“ —

So schreibt man uns aus England. Und fürwahr die
Bedeutung dieses gewaltigen Kampfes ist nicht übertrieben.
Ja, es ist ein Bürgerkrieg. Keiner der zahlreichen Bürgerkriege,
in denen England seine politische Freiheit eroberte und
begründete, hat so große Massen in Bewegung gesetzt, hat so
hohe Ziele gehabt und so bedeutungsvolle Entscheidungen.
Die Waffen sind andere — die Gegensätze gewiss
höherer, die Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung
näher berührend, als irgend einer der politischen Bürgerkriege
früherer Zeiten. Und sind etwa die Kräfte, die sich mit ein-
ander messen, minder gewaltig?

Auf der einen Seite die Elitetruppe der Arbeiterschaft,
die Amalgamated Engineers, 100 000 Mann stark, in Schlacht-
ordnung mit ihnen das Millionenheer die verbündeten englischen
Gewerkschaften, hinter ihnen als moralischer — und soweit
möglich — materieller Rückhalt das gesamte organisierte und
klassenbewußte Heer der Proletarier aller Länder.

Auf der anderen Seite die organisierte Elite der
mächtigsten Bourgeoisie der Erde — eine Streitmacht, ver-
fügend über Hilfsmittel, von denen das deutsche Bürgerthum
kaum eine Ahnung hat — eine Koalition von Königen-Stumm.
Nur gebildet, aufgeklärt, und folglich für die Arbeiter ge-
fährlicher.

Solch riesige Streitkräfte haben einander niemals gegen-
übergestanden. Und niemals stand auch nur annähernd Gleiches
zur Entscheidung.

Wer kennt nicht das herrliche Gedicht Freiligrath's von
der „Schlacht am Birkenbaum“? Die Entscheidungsschlacht,
in der die freien Völker des Westens endgiltig abrechnen mit
den despotischen Sklavenheeren des Ostens. Eine Vernichtungsschlacht
ist auch diese. Da ringen nicht Könige und Kaiser
von Gottes Gnaden mit den Völkern, die ihrer Souveränität
und ihres Menschenrechts sich bewußt geworden sind. Zwei
Welten ringen da mit einander — die Welt des Kapitalis-
mus und die Welt des Sozialismus — jene getragen von den
goldstarrten Rargatiden des Ausbeutertums, diese getragen
von dem Herakles-Proletariat.

Und das Hauptkampfmittel des Ausbeutertums? Der
nämliche Universalstreik — die Grève générale, das
eingebildete Zaubermittel, mit dem verblendete Arbeiter in
Frankreich noch gestern wähten, die „soziale Emanzipation“
im Handumdrehen herbeizubringen zu können.

Je mehr Proletarier die Arbeit einstellen, aus der Arbeit
geworfen werden, desto schwerer ist die Ernährung der

kämpfenden Arbeiterarmee, desto kürzer die Frist, binnen der
sie durch Hunger zur Uebergabe gebracht werden kann.

So rechnet das englische Unternehmertum.
Wird die Aushungerung gelingen? Wenn die englische
Arbeitervolk, wenn das internationale Proletariat seine
Schuldigkeit thut — nein! und nochmals nein!

Auch in der Hand der Unternehmer ist die Waffe des
Universalstreiks, der allgemeinen Massenausparung ein zwei-
schneidiges Schwert — und ein Schwert, das seine Spitze
gegen Den lehrt, welcher es schwingt. Die Geschäftsstockung,
das Elend, das in den weitesten Kreisen verbreitet wird,
die zornige Entrüstung, hervorgerufen durch den Ueber-
muth des Unternehmertums, dessen letzten Pläne durch
den deutschen Reservelieutenant Siemens verrathen worden
sind — das alles hat in der öffentlichen Meinung Englands
ein so wichtiges Gewicht zu gunsten der Maschinenbauer in
die Waagschale gelegt, daß die Unternehmer eine längere Fort-
setzung ihres freventlichen Kampfes gegen das
Koalitionsrecht der Arbeit kaum wagen dürften.

In jedem Fall steht die gesammte Arbeiterschaft der Welt
hinter den englischen Maschinenbauern; und der Vorschlag
Reir Hardie's, sofort die Streikfonds aller
englischen Gewerkschaften zusammenzuwerfen
und sofort für den Kampf gegen das Unternehmertum zu
verwenden, ist keineswegs aussichtslos, wenn auch der damit
verbundene zweite Vorschlag, daß nun alle Gewerkschaften
den Streik proklamieren sollten, unzweifelhaft an dem gesunden
Sinn der englischen Arbeiter scheitern wird. Marx hat einmal
gesagt: die englischen Arbeiter sind die Preisrichter für die
Arbeitervölker aller Länder. Das Wort wird jetzt glänzend be-
wahrheitet. Die Elite der Preisrichter des internationalen Prole-
tariats sieht seit 14 Wochen mit englischer Bulldoggengähigkeit für
den Achtstundentag, und die englischen „Preisrichter“ sind die Vor-
kämpfer des internationalen Proletariats geworden in dem Bürger-
krieg, welchen das englische Uebermuth entzündet hat.

Der Kampf muß ausgetämpft werden. Eine Niederlage
der englischen Maschinenarbeiter ist die Niederlage des
Achtstundentags, der sozialen Emanzipation — ein Sieg der
internationalen Bourgeoisie über das internationale Proletariat.

Das internationale Proletariat läßt seine Vorkämpfer nicht
im Stich.

Arbeiter Deutschlands thut Eure Pflicht!

Politische Ueberblick.

Berlin, 18. Oktober.

Warum unterbleibt die Militär-Strasprozeß-Reform?
In letzter Zeit ist das bayerische Reservatrecht und die durch
dasselbe geschaffene Unmöglichkeit, ein für das ganze Reich ein-
heitliches Militär-Gerichtsverfahren zu schaffen, vielfach benützt
worden, um die Hinanschiebung dieser Reform zu entschuldigen.
Denen um Hohenlohe, welche die Durchführung der
Reform wünschen müssen, wenn das dem Reichstag gegebene
Versprechen nicht gebrochen werden soll, können diese Quer-
treibereien natürlich nicht angenehm sein. Auffällig ist es,
daß jetzt auch Fürst Bismarck diese Manöver unterstützen
zu wollen scheint. Die „Hamburger Nachrichten“ vertragen
bisher die Meinung, Bayern besitze kein Reservatrecht; jetzt er-
klärt das Blatt in auffälliger Weise:

„Zwischen uns und in der Angelegenheit Informationen zu
theil geworden, die uns bestimmen, die Reservatrechtsfrage doch nicht
als irrelevant zu behandeln. Wir haben uns überzeugt,
daß ein wirkliches und unbedingtes Reservat-
recht Bayerns in dieser Sache besteht und
nach Absicht der Unterzeichner des Versailler
Vertrages bestehen sollte. Es existirt und ist als voll-
giltig zu betrachten.“

Was Bismarck mit dieser neuesten Rakete will, darüber
werden und mögen sich seine Freunde den Kopf zerbrechen.
Sicher ist nur, daß der gegenwärtigen Regierung Schwierig-
keiten bereitet werden.

Zur Sache ist natürlich auch diese Bismarckintrigue ohne
Bedeutung oder sollte es wenigstens sein. Denn über die Frage,
ob Bayern ein Reservatrecht zuerkennt oder nicht,
darüber ist eine endgiltige Entscheidung kompetenter Instanzen
schnell einzuholen. Unendlich viel wichtiger ist, und das soll nicht
durch das Gerede vom bayerischen Reservatrecht verunkelt
werden, daß offenbar der Reform des Militärstraf-
verfahrens noch ganz andere und allerdings nicht so leicht zu
überwindende Hindernisse im Wege stehen. Alle Welt weiß, wo
diese Hindernisse zu suchen sind. Das Militärkabinet des Kaisers
ist der Sitz des zähesten Widerstrebens gegen die Reform.
Und die Anschauungen des Militärkabinetts sind — der Geist
des unbedingten Gehorsams — bedingt das schon — die An-
schauungen des Kaisers. Die Meinung, daß der Kaiser die
Reform nicht wünsche, wird wieder in deutlichster Weise von
der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ ausgesprochen,
welches Blatt zu den „bestimmtesten“ zu gehören pflegt.

Keinerlei Bemerkungsversuche können
die Thatfache verschleiern, daß der Kaiser
nicht gewillt ist, den Fürsten Hohenlohe in die Lage zu ver-
setzen, eine Militär-Strasprozeß-Ordnung dem Reichstag vor-
zulegen, welche inhaltlich den Forderungen entspricht, die auch
durchaus gemäßig gesumte Kreise an jene Vorlage stellen. Die
Abneigung des Kaisers, dem gewiß ehrlich gemeinten Wunsch des
Fürsten Hohenlohe zu entsprechen, kann zweierlei Gründe haben.
Entweder will der Monarch diesem Reichstagsler eine
solche parlamentarische Kräftigung nicht mehr zu theil werden
lassen, oder er hat als oberster Kriegsherr seiner preussischen

Truppen Bedenken gegen wesentliche Bestimmungen des ihm
vorliegenden Entwurfes. In beiden Fällen ist klar, daß Fürst
Hohenlohe nicht mehr im Amte bleiben sollte.

Wir halten deshalb eine baldige Entscheidung
dieser ersten Personalfrage, die aus den an-
geführten Gründen doch nicht bloß eine solche ist, für
unvermeidlich. Es bleibt möglich, daß der Kaiser
sich entschließt, einen anderen Reichstagsler mit der ge-
wünschten Militär-Strasprozeß-Reform in königlicher Weise
anzustellen. Der Monarch würde damit in großem Stil
ein nationales Verlangen erfüllen. Viele, sehr viele Schwierig-
keiten unserer inneren Lage wären damit beseitigt. Auch die
Reinigungsverschiedenheit mit Bayern wird in
solchem Falle zwar keinen anderen Charakter, wohl aber eine
andere Färbung annehmen. Diplomatische Verhandlungen können
dann in ganz anderem Sinne aufgenommen werden; führen sie
nicht sofort zum Ziele, so mag man vertrauen, daß der nationale,
der Reichsgedanke, schließlich allemal siegt hat. Eine preussische
Politik, deren Segel nicht von nationalem Hauch geschweift
werden, ist keine Politik.

Allein wenn der Kaiser nach seiner Ueberzeugung das nicht
für „gebbar“ hält, was andere glauben ohne jede Schädigung für
unser werthvollstes nationales Besitztum, das deutsche Heer, ge-
währen zu können, und dessen Verfeinerung dem deutschen Volke
eine ununterbrochene, gerade verlaufene Entwicklung verbürgt,
dann — muß der Mann auftreten, der die Ver-
antwortung für eine derartige Negation mit
dem Monarchen nach dem ihm zukommenden
Maße tragen will. Selbst in diesem Falle ziemt sich für
ruhige und ernsthafte Männer keine blinde Opposition; allein
gelagt muß werden, daß dann jene politische wie wirtschaftliche
Sammlung im Innern wie nach außen, von welcher der Kaiser in
mächtigen Worten auf rother Erde gesprochen hat, auf nicht ab-
sehbare Zeit vertagt werden muß. . . .“

Das Münchener Blatt leuchtet mit hellem Licht in das
Dunkel, in welchem die Frage der Reform des Militärjustiz-
verfahrens geflüstert gehalten wird.

Wie will man auch an das Licht des Tages herantreten,
wo so merkwürdige Dinge vorgehen. Der Kanzler ver-
sprach die Reform dem Reichstage und es wird ihm un-
möglich, sein Versprechen zu erfüllen. Warum bleibt er noch
im Amte, das ihm längst eine drückende Bürde ist, das im
Herbst niederlegen zu wollen sein Sohn ausdrücklich im Früh-
jahr erzählt hat?

Ist es denn so sehr schwierig, einen Nach-
folger für den Fürsten Hohenlohe zu finden?
Sind die Aufgaben, die diesem Nachfolger gestellt werden
sollen, so überaus heikler Natur, daß der Mann sich nicht
findet, der sie lösen zu können sich getraut?

Jedenfalls können die Ausführungen der „Allgemeinen
Zeitung“ von den maßgebenden Stellen nicht unbeantwortet
gelassen werden. Es muß wenigstens dem Volke Klarheit
gegeben werden, welches die wahren Gründe dafür sind, daß
das Versprechen des Fürsten Hohenlohe, bezüglich der Reform der
Militär-Strasprozeß-Ordnung, bisher nicht erfüllt worden ist! —

Die Marinevorlage sollte, so erzählten die Offiziere,
alsbald nach ihrer Durchberatung im Staatsministerium der
Öffentlichkeit mitgeteilt werden, damit diese erfahre, was die
Regierung wolle, und damit offenbar werde, so fügten die
Marinefreunde hinzu, wie beschieden die Forderungen
der Regierung seien. So sollte allen „übertriebenen“ Gerüchten
der Marine-Opposition der Boden entzogen und deren Agitation
im Volke gehemmt werden.

Diese Ankündigung konnten auch wir willkommen heißen.
Es erscheint sogar als eine Pflicht der Regierung, ihre Pläne,
sobald sie ausgearbeitet und beschlossen sind, dem Volke vor-
zulegen, damit man zeitig genug sich ein Urtheil bilden und
die Kritik einsehen kann.

Nun aber theilt die „Marine-Pol. Korresp.“ mit, daß
das Staatsministerium sich gegen die zuvor in Aussicht
genommene baldige Veröffentlichung der Marinevorlage aus-
gesprochen habe. Es wird also der wirkliche Inhalt der Vor-
lage erst dem Reichstage nach seinem Zusammentritt vorgelegt
werden.

Warum hat sich das Ministerium gegen die alsbaldige
Vorlegung des Marineplanes ausgesprochen? Wenn die
Forderungen so beschieden sind, wie man es darzustellen
sucht, wenn eine Bewilligung auf sieben Jahre hinaus nicht
verlangt wird, so würde die Mittheilung der Regierungs-
absichten offenbar für diese Absichten selbst nur günstig wirken.

Es bleibt daher gar nichts anderes übrig, als anzunehmen,
daß die Forderungen des Herrn Tirpitz eben nichts weniger
als „beschiedene“ sein werden und daß die Regierung einen
zeitig organisierten und Monate lang
dauernden Widerstand fürchtet. Man hofft,
durch schnelle Ueberumpelung mehr heranzusetzen zu können.
Die Karten des Herrn Tirpitz vertragen es
nicht, offen aufgelegt zu werden! —

Sente, am 18. Oktober 1897 ist der 84. Jahrestag
der „Völkerschlacht“ bei Leipzig; und zum Andenken an jenes
Ereignis ist heute Vormittag in Leipzig ein Standbild des —
Fürsten Bismarck enthüllt worden. Ob bewußt oder unbewußt
— eine beßere Satire hätten die nationalliberalen
Pfefferküche der großen Seestadt an der Pleiße nicht aufführen
können.

Am 18. Oktober 1813 wurde der am 16. Oktober bereits
geschlagene Napoleon zum Rückzug gezwungen und seine Welt-
herrschaft gebrochen. „Der Despot“ war besiegt — Freiheit
sollte den von seinem Joch befreiten Völkern erblühen. Und
man nannte die Kämpfe jener Zeit sogar antich die

„Freiheitskriege“. Aus der „Freiheit“ ist jedoch nichts geworden. Härterer und beschränkter Despotismus trat an die Stelle des napoleonischen, die „Freiheitskriege“ wurden bescheiden in „Befreiungskriege“ umgetauft, die Demagogenhag kam, und die Metternich'sche Wirtschaft, der im Laufe der organischen Entwicklung die Bismarck'sche Wirtschaft gefolgt ist. Bismarck selbst, dem sie heute in Leipzig ein Ehrendenkmal gesetzt haben, ist zwar inzwischen „verschmettert“ worden, allein sein und Metternich's System dauert fort, und an die Demagogenhag, den Kulturkampf und das Sozialistengesetz reiht sich würdig an: der Entwurf eines Umsturzgesetzes, die lex Rebe und die Lexa des Dolus eventualis und der Majestätsbeleidigungen.

Die Freiheit, die vor 84 Jahren von den Fürsten versprochen ward, ist von ihnen nicht gegeben, und vom deutschen Volke noch nicht erkämpft worden.

Aber gekämpft wird um sie, und die Waffen, die von der feigen Bourgeoisie ins Korn geworfen wurden, blieben in der Hand der Klassenbewußten Arbeiter, der Sozialdemokratie, und eine neue „Völkerschlacht“ hat schon begonnen, in der die Böller verwirklicht werden, was die Fürsten vor 84 Jahren versprochen. Und noch weit, weit mehr.

Deutsches Reich.

Das Protokoll über die Verhandlungen des letzten Parteitages ist soeben in einem 281 Seiten starken gut ausgestatteten Buche erschienen. Der niedrige Preis des Werkes ermöglicht es jedem Parteigenossen, sich das der Wichtigkeit der Verhandlungen und der Bedeutsamkeit der Beschlüsse wegen unentbehrliche Werkchen anzuschaffen. Den genau wieder gegebenen Verhandlungen gehen Programm, Organisationsstatut, die Berichte der Parteileitung und der Reichstagsfraktion, sowie die zum Parteitage gestellten Anträge voraus. Eine Uebersicht über die Ergebnisse der Abstimmungen des Parteitages, Präsenzliste, Sach- und Sprechregister schließen das Buch.

Die Wirkungen des Liebknecht-Prozesses dürften dem sogenannten „monarchischen Bewußtsein“ wenig günstige sein. Kaum je ist so eindringlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die dem deutschen Staatsbürger dadurch erwachsen, daß der Kaiser so aktiv und so subjektiv in die politischen Fragen eingreift, wie jetzt in Anknüpfung an die Verurteilung Liebknecht's, weil er sich gegen Worte des Kaisers in zu scharfer Weise gewehrt habe. Wir haben schon mancherlei Pressurierungen verzeichnet, die zeigten, wie tief in die „staatsbehaltenden“ Kreise hinein heutzutage an die Stelle des „monarchischen Bewußtseins“ eine Art „monarchischer Verflümmelung“ getreten ist. Wir verzeichnen heute noch eine Stimme aus Bayern in der „Frankf. Ztg.“. Da wird ausgeführt:

„Das fragliche Urtheil stützt sich bekanntlich auf den „dolus eventualis“, und es will und fast dünkt, als habe dieser lockere Geist, der schon so manches Unheil in der Reichspräsidenten-Gesellschaft hat, auch diesmal den nordischen Richtern ein Schnippchen gespielt. Wie verschiedene die Auffassungen der indirekten Neuerungen oft sind, und um eine solche handelt es sich auch im Falle Liebknecht, beweist die jüngste vierstägige, vom Viehweidencolloquium abgelöste Mandatverhandlung im bayerischen Landtage. In dieser wurde bekanntlich seitens des Vertreters der künftigen Regierung das Bedauern ausgedrückt, daß der deutsche Kaiser von Schädler und Genossen in die Debatte gezogen worden sei, und daraus erklärte Herr v. Walter, der Präsident des Landtages und Rath am bayerischen obersten Landesgerichte, er habe von solchen Neuerungen nicht gehört. Im übrigen glauben wir, daß gerade in gegenwärtiger Zeit durch häufige Majestätsbeleidigungs-Prozesse das monarchische Bewußtsein im Volke nicht gefördert wird. Denn als der Gesetzgeber die im Majestätsbeleidigungsbezüglichen §§ 95 u. f. d. N.-S.-G. mit ihren ziemlich hohen Strafbestimmungen schuf, schwebte ihm zweifellos der Gedanke vor, daß der Träger der Krone über den Parteien und entrichtet dem Parteigezweige und politischem Gerede unantastbar thronen. Anders aber gestaltet sich die Sache, wenn der Inhaber der höchsten Macht die gehäufte Stellung aufgibt, um in die politische Arena hinauszutreten und bald dieser, bald jener Partei den Gehbehandschuh hinguwerfen, denn es ist natürlich oder doch wenigstens einigermaßen entschuldbar, daß der Angegriffene den Handschuh ausstößt und einmal allzu kräftig parirt. Uebrigens sind es nicht politische Parteien allein, die angegriffen werden. Wir erinnern uns noch an eine in Bonn auf einer Körperschneise gehaltenen Rede, worin der Sach ausgesprochen wurde, daß die Erziehung des Körperschneisenden die einzig richtige sei“. Da nun höchstens 15 pCt. der akademischen Jugend die Ehre und das Glück haben, den Körper anzugehören, so war der größte Theil der Studentenschaft und der „alten Herrn“ durch jene Rede verschmüpft, zumal man sich in Körperschneisen nicht scheute, aus ihr Kapital zu schlagen und man alsbald allenhalben auf Körperschneisen schon geschnittene Mahnen mit den goldgestickten Leitern „Die Erziehung des Körperschneisenden ist die einzig richtige“ wahrnehmen konnte. Anlässlich jener Rede wurden die Körperschneisenden bekanntlich auch aufgefordert, stramm weiter zu panken, was dann den Bund der Lingoliten, der protestantischen, farbentragenden, aber nicht pantenden Studentenverbindungen, zu der Erklärung veranlaßte, sie würden nach wie vor daran festhalten, daß auch der Student den staatlichen Gesetzen unterworfen sei.“

Die Geschäftsübersicht über die Thätigkeit des preussischen Herrenhauses in der letzten Session, herausgegeben vom Bureau-Direktor H. Meißig, ist soeben erschienen.

Der Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hielt am Montag eine Sitzung ab, in der Herr Bued, der Geschäftsführer dieser Korporation, in ausführlicher Weise über die Stellung zur Handelsvertrags-Politik sprach. Beachtenswerth erscheint, wie Redner über den Vorschlag, gegenüber der Zolltarifpolitik der Vereinigten Staaten Repressalien in Anwendung zu bringen, urtheilt. Er sagt: „Dinsichtlich des Getreides wäre Deutschland wegen der Verträge mit anderen Staaten kaum in der Lage, Differenzialzölle mit Erfolg durchzuführen. Das Getreide Amerika's würde dann in andere Länder, England, Frankreich u. s. w. gehen und das Getreide anderer Länder mit großer Produktion würde auf unsere Märkte drängen.“

Mit einem Zoll auf Petroleum würden wir unser Licht vertheuern, da wir bislang keinen Ersatz dafür haben. Auch die amerikanischen Baumwollen können wir nicht entbehren. Es seien auch schon Anzeichen vorhanden, daß dieser Tarif kaum die Zeit der jetzigen Legislaturperiode überdauern werde. Die Herrschaft der kapitalistischen Kreise, die diesen Tarif begünstigt, werde immer drückender. Alle Lebensmittel, die von den Trübs beherrscht werden, seien bereits in die Höhe gegangen. Allerdings würden die ungünstigen Wirkungen des Tarifs vorläufig durch die reichlichen Ernten und den stillen Abfah der Produkte zu guten Preisen in das Ausland aufgehoben, die Wirkungen aber würden um so schwerer empfunden werden, wenn wieder knappe Zeiten kommen; daher sei zu keiner großen Besorgnis Veranlassung.

Sodann erklärte sich der Ausschuss damit einverstanden, daß die Herren Popelins, König (Berlin), Frey (Mühlhausen), Kraft (St. Gallen) und Lang (Aulendorf) seitens des Zentralverbandes für den Ausschuss vorgeschlagen werden sollen, den die Regierung zur Vorbereitung der Handelsverträge einberuft. Die bisherigen Mitglieder des früheren Zollbeiraths, die Herren Müller und Vogel, werden durch den Reichstangler berufen werden.

Die Konferenz der Ober-Postdirektoren, welche in der vorigen Woche im Reichs-Postamt zusammengetreten war und sich, nach der „Nordd. Allg. Ztg.“, ausschließlich mit rein postfachlich-technischen Fragen beschäftigte, hat am Sonnabend ihren Abschluß gefunden.

Weiter meldet das offiziöse Blatt: Am Freitag wird nunmehr im Reichs-Postamt eine Konferenz von Vertretern der hervorragendsten Handelskammern und kaufmännischen Korporationen stattfinden, an welche sich am Sonnabend eine solche von Vertretern der Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlicher Zentralvereine anschließen wird.

Von der neuen Händlerpartei. In einer Erweiterung des von den hannoverschen Händlern angenommenen Programms vertritt auch der „Hann. Kur.“ den Standpunkt, daß die Leitung des Bundes der Landwirthe, namentlich seit Dr. Hahn die Führung übernehmen habe, dahin strebe, aus den auf ihr Programm gewählten Abgeordneten eine selbstständige Partei zu machen.

Herr Direktor Hahn sucht nur das auszuführen, was die Pödy und Dertel von langer Hand vorbereiteten.

Herrn Bronsart v. Schellendorff, dem ehemaligen Kriegsminister und Feuerregimentführer, scheint es mehr auf Kandidatur, als auf eine Thätigkeit im Reichstage anzukommen, sonst ließe es sich nicht erklären, daß er in Dittensen-Pinneberg-Clubschön als Mandatsträger auftreten will, in einem Kreise, der den Sozialdemokraten von diesem Herrn sicher nicht entziffen werden dürfte.

Der Widerstand gegen die staatlichen Ehrengerichte der Ärzte erweist immer weitere Kreise. Von dem Ärzteverein des Bundes, der Gesamtvereinsung der deutschen ärztlichen Standesvereine, ging die Bewegung für die Verstärkung der Disziplinargewalt der Ärztekammern aus. Sie hob mit einer Eingabe des Vorstandes des Ärztevereins-Bundes an, worin der Medizinalminister um Erweiterung des Disziplinarrechts der Ärztekammern gebeten wurde mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß das Gift der Sozialdemokratie immer mehr in den Arztstand eindringt. Das letzte Ergebnis der von dem Vorstande des Ärztevereins-Bundes ins Werk gesetzten Bewegung ist der neue Entwurf über staatliche Ehrengerichte für Ärzte. Gegen diesen Entwurf erhebt jetzt aber selbst ein Ausschussmitglied des Ärztevereins-Bundes, Dr. Landsberger-Posen, thätigen Einspruch. Er verlangt die grundsätzliche Ablehnung des neuen Entwurfes über ärztliche Ehrengerichte.

Die Schlesische Ärztekammer hat den Regierungsentwurf einstimmig für unannehmbar erklärt. Die Posener Ärztekammer erklärt, ein Gesetz über ärztliche Ehrengerichte nur unter der Bedingung zu billigen, daß 1. die benutzten Ärzte in ihrer privatärztlichen Thätigkeit dem Ehrengerichte mit unterliegen; 2. ausschließlich dem Angeklagten das Berufungsrecht zusteht; 3. beim Ehrengerichtshof den gewählten Ärzten die Mehrheit zukommt. Der Beschluß kommt einer Ablehnung gleich. Der Geschäftsausschuss der Berliner ärztlichen Standesvereine endlich erklärte mit 12 gegen 10 Stimmen den Entwurf für unannehmbar.

Das Sammeln für die Ueberschwemmten in Krakau - das ist die neueste Wähe ostböhmer Volkswohlthätigkeit. Die über bringen die Zeitungen folgendes: Der Lehrer B. in Krakau hatte zu Gunsten der Ueberschwemmten eine kleine Sammlung veranstaltet. Wie jetzt die „Pos. Ztg.“ mittheilt, ist wegen den Lehrer aus diesem Anlaß folgender Strafbefehl erlassen worden:

Auf den Antrag der königlichen Amtsanwaltschaft zu Wollstein vom 6. Oktober 1897 wird gegen Sie wegen der Verhöhnung, daß Sie in der Zeit vom 10. bis 12. August 1897 in Krakau ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde, nämlich des königlichen Oberpräsidenten zu Posen, öffentlich Gaben zum besten der Ueberschwemmten in Schlesien und Sachsen eingesammelt haben bzw. haben einsammeln lassen, Uebertretung gegen § 1 und 2 der Polizei-Verordnung der königlichen Regierung in Posen vom 17. Juni 1885 (Mitschl. S. 163), was als Beweismittel beigelegt sind: Ihre eigenen Angaben, eine der Staatskasse gebührende Geldstrafe von zehn Mark, und im Falle dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von zwei Tagen, bzw. ein Tag für je fünf Mark festgesetzt. Jugleich werden Ihnen die Kosten mit 1,20 M. auferlegt.

Herr B. wird, da ihm die Berechtigung des Strafmandats nicht einleuchtet, dagegen Widerspruch erheben.

Die Stamm'sche „Post“ ist durch die Aufnahme der Schmoller'schen Rede einigermaßen in Verlegenheit gekommen. Zuerst hat ihr in Fragen der Wissenschaft nicht zuständige Redakteur sich über die Stellen, die unseren schärfsten Tadel heranzufordern mußten, gefreut. Nun auch andere, wie z. B. die Tante Voh, das gleiche bewundern wie die „Post“, muß sie wieder auf die Beden in längeren Ausführungen zurückkommen. Der von ihr so gefürchtete und mit Uebdauer verfolgte Genosse Dr. Kronz soll nun aus Grund der neuesten Schmoller'schen Rede, die übrigens dessen recht alle Gedanken wiedergibt, aus seiner der heutigen Staatsordnung so gefährlichen Stellung als Privatdozent, der über die Infinitesimalrechnung vor wenigen Studenten liest, verdrängt werden. Nur um zu zeigen, mit wie verwerflichen Mitteln „Die Post“ ihrem Meister dient, sei die folgende Stelle abgedruckt:

(Schmoller) vindiziert beiden (individualistischen und sozialistischen) Richtungen doch nur eine bedingte Berechtigung auf den akademischen Lehrstühlen, nämlich nur dann, wenn ihre Vertreter sich auf das gesammte gesicherte Wissen der Gegenwart stützen und gewissen Voraussetzungen ihrer Charakterbildung entsprechen, d. h. wenn ihre Ueberzeugung nicht durch Leidenschaft, Klasseninteresse, Egoismus und Streberthum bestimmt ist. Ob da noch für Herrn Kronz und seine Gesinnungsgenossen ein Raum im akademischen Lehrkörper übrig bleibt, lassen wir dahingestellt sein.

Kein Mensch kann sich beleidigt fühlen, wenn er von Soldschreibern des Stimm- von Leuten, die auch anderen Anschauungen dienen können, so beachtet wird.

Während Herr Schmoller sich und seine gleich unmethodischen Kollegen als die einzig zur Lehre an den Universitäten würdigen Männer bezeichnet, bezweifelt die „Post“ die Wichtigkeit dieses Standpunktes sehr. Schließt sie doch ihre Betrachtungen mit folgendem Satz:

„Eine solche Lehre gebietet jedenfalls nicht bedingungslos auf die wissenschaftlichen Hochschulen, denn sie verwirrt der Jugend die Köpfe und richtet innerhalb des Staates und der Gesellschaft Schäden an, welche ihren Bestand gefährden. Mindestens bedarf sie eines angemessenen Gegengewichts durch Vertreter einer rationaleren Methode.“

Da dürfte wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Entscheidung über die hochwürdige Frage, ob Schmoller oder die „Post“ die einzig richtige Lehre, die zum Universitätsunterricht zugelassen werden darf, vertreten, durch das bewährte Mittel gezeugene Pistolen fünf Schritt Distanz entscheiden zu lassen. Herr v. Stamm giebt Satisfaction.

Die Reden des Großherzogs von Baden sehen einander ähnlich wie die Eier. Bei der Vorfeier der Enthüllung eines der üblichen „Wilhelms des Großen“-Denkmäler sagte der Großherzog in Karlsruhe: „Alle ohne Ausnahme mögen danach trachten, daß das, was 1870 und 1871 geschaffen wurde, erhalten bleibe und, wenn es noch thue, mit der ganzen Kraft der Nation verteidigt werde; dazu bedürfte es außer seltenem Entschlusse der Hingebung und Aufopferung, um jeden Preis das zu leisten, was notwendig sei, um das Reich aufricht zu erhalten das außen und nach innen. Es handle sich darum, frühzeitig Hand anzulegen, damit die Schöpfung Kaiser Wilhelms erhalten bleibe.“

Was in den allgemeinen Redewendungen gemeint sein soll, ist kaum zu errathen. Das „frühzeitige Handanlegen“ möchte man fast auf die Marineforderungen beziehen, aber die Erhaltung des Reiches „nach innen“ wird wohl mit Panzerschiffen nicht gut besorgt werden können. Die Auslieferung an die „Innende“ fehlt bei dem babstlichen Großherzog nie; das haben seine Reden mit den Kaiserreden gemeinsam.

Nachmal die Emser Depesche. Ein Bismarck-Bewunderer, Professor Erich Marsch in Leipzig, hat eine Biographie Kaiser Wilhelm's geschrieben, in der auch von der Emser Depesche die Rede ist. Der Herr Professor stellt fest, der König habe selbst am 19. Juli 1870 einen jähren Abbruch, einen unvorderrücklichen Bruch mit Benedetti und Frankreich nicht vollziehen wollen“. Auch für den 14. Juli scheint das zu gelten und für den Freitagsnachmittag des 18. gilt es sicher, daß König Wilhelm zum scharfen Angriffe überzugehen noch nicht gewillt war. Und als er am 14. früh Bismarck's Emser Depesche erhielt, da hat er sie demgemäß, nach Gubenburg's Zeugnisse, zwei Mal gelesen, sie dann betroffen jenem hinübergereicht mit dem Ausrufe: „Das ist der Krieg!“

Von der Fassung der Depesche sagt dann der Verfasser: „Das hieß für jeden Beter den endgiltigen scharfen Abbruch der Verhandlungen. . . . Es veränderte die Farbe der Emser Vorgänge ganz. . . . Es war beinahe sicher, daß diese Depesche die Franzosen in den Krieg treiben mußte; und eben dies war der Zweck. Sie war ein Schlag in Frankreich's Antlitz, und sie hat in ihrer Fortwirkung den Krieg erzwungen.“

Und weiter schreibt Professor Marsch: „Nach allem, was wir wissen, hat Napoleon den Krieg damals höchst widerwillig auf sich genommen; er hatte ihn längst bestens vorbereitet und wollte ihn, ob nun gern oder ungern, sicherlich führen, wenn die Stunde einmal günstig wäre; sehr mußte er zugreifen, so sehr er sich sträubte, so unsicher er jetzt seiner Bundesgenossen und seiner eigenen Kräfte war. Bismarck nöthigte ihn diesen Augenblick auf und völlig das nothwendig Gewordene zu einer Zeit, da sein Vaterland stärker war als das der Feinde. Er hatte. . . in höheren Sinne immer recht gehabt, auch unter der Voraussetzung, daß er diesen Krieg von vorn herein gewollt und angelegt haben sollte; in dieser Stunde aber hatte er unter allen Voraussetzungen recht. Was er am 19. Juli that, war schlechthin unansehnliches Gebot seiner kantonmännlichen Pflicht.“

Ein Kommentar ist überflüssig. Alles, was Liebknecht in seiner Broschüre über die Emser Depesche behauptet und nachgewiesen hat, wird hier nimmermehr zugehauen:

1. Die Fälschung; und
2. der Zweck der Fälschung; und
3. daß der Krieg, den Napoleon damals nicht wollte, durch die gefälschte Depesche erzwungen wurde.

Die Behauptung, Napoleon habe — wenn auch für eine andere Zeit — den Krieg „bestens vorbereitet“, ist eine willkürliche Annahme, die durch den Stand der französischen Streitkräfte bei Beginn des Krieges aus gründlichste widerlegt ist.

Wenn hier das ungeheure Verbrechen zu einem „Recht in höheren Sinne“, zu einem „Gebot kantonmännlicher Pflicht“ unzulässig versucht wird, so stellt dies das Verbrechen des ungeheuren Verbrechens nur in hellere Beleuchtung und wirkt einen grellen Schlag Schatten auf die namenlose Verwerfung und Korruption, welche die Lexa Bismarck über Deutschland gebracht hat.

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Acherzleben wird uns geschrieben: Am Sonnabend erfolgte der 249 hier abgehende Schnellzug Leipzig-Hannover unmittelbar hinter der Station Acherzleben. Zwei Wagen setzten aus, Menschenleben sind nicht verloren gegangen, ebenso kamen keine schweren Verletzungen vor; die Ursache ist vorläufig nicht aufgeklärt, man darf aber annehmen, daß der Unglücksfall auf den ungenügenden Zustand des Gleises zurückzuführen ist.

In Sachen der Eisenbahn-Unfälle“ veröffentlicht ein „alter Militär“ in der „Kreuzzeitung“ ein unsehbares Rezept. Es lautet kurz zusammengefaßt: „Die Eisenbahn-Beamten müssen militärische Disziplin haben.“

Natürlich hat dies zur Voraussetzung, daß nur gebiente Militärs zu Eisenbahn-Beamten genommen werden.

Wiso Militärirung des Eisenbahndienstes! Aber im deutschen Eisenbahndienst sind ja schon sehr viele Militärs; und die höchsten Autoritäten im Eisenbahndienst haben sich schon dahin ausgesprochen, daß gerade das militärische Element im deutschen Eisenbahndienst wesentlich an dessen notorischer Rückständigkeit gegenüber dem Eisenbahndienst Englands, Hollands, der Schweiz, der Vereinigten Staaten u. s. w. schuld sei.

Uebrigens ist in England die Zahl der Eisenbahn-Unfälle relativ weit geringer als in Deutschland.

Und in England fehlt die militärische Disziplin, und das militärische Element im Eisenbahndienst vollständig. Der „alte Militär“ befindet sich demnach auf dem Holzwege — hat aber gerade darum vielleicht um so mehr Aussicht, mit seinen Kaiserneuhof-Anschauungen durchzudringen.

Eine vernünftige Lehre hat die Eisenbahn-Verwaltung in Passau aus den zahlreichen Unfällen der letzten Zeit gezogen. Die Dienstzeit des Eisenbahnpersonals der nassauischen Eisenbahn wurde seit einigen Tagen von zwölf auf zehn Stunden pro Tag reduziert. Es wäre dringend zu verlangen, daß diese Dienstverkürzung auch auf allen Staatsbahnen zur Einführung kommt.

Die Kriegervereine wollen auch für die Flotte Geld sammeln. Das entspricht den Statuten dieser Vereine, und denen sie keine Politik treiben dürfen, ebenso sehr wie der Kampf, den sie gegen die Sozialdemokratie führen.

Leipzig, 15. Oktober. Die Erhebungen der sächsischen Hauptsteuerämter über die Stellung der Brausteuer sind sächsischen Blättern zufolge auf Veranlassung des Finanzministeriums eingeleitet worden. Durch welche Umstände der Wissensdrang des Finanzministeriums nachgelassen hat, wird nicht mitgeteilt.

Weimar, 16. Oktober. („Frankf. Ztg.“) Der § 42 des neuen Wahlgesetzes vom 17. April 1896 sieht eine Strafe gegen säumige Wähler fest. Von dieser Bestimmung ist hier zum ersten Male Gebrauch gemacht worden, indem nicht weniger als 184 Wähler, die bei der Landtagswahl im ersten Verwaltungsbereich am 5. Oktober gefehlt oder auch nur sich verspätet entschuldigend haben, oder deren Entschuldigungsgründe nicht für ausreichend erachtet worden sind, in eine Strafe von je 10 Mark und mehr genommen wurden. Das Geld fließt in die Kasse der großherzoglichen Regimentsdirektion.

Der Finanzausschuss der bayerischen Kammer hat beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, auf eine Verminderung der Zahl der pensionirten Offiziere hinzuwirken, insbesondere soll verhindert werden, daß Offiziere, die beim Annehmen übergegangen werden, ihren Abschied nehmen und dann Pension beziehen. Der Kriegsminister erklärte, daß eine Steigerung der Kopfzahl eingetreten sei, sei bedauerlich im Interesse des Staates und im Interesse des Dienstes, allein dies sei nicht zu vermeiden gewesen; das Ministerium trage daran keine Schuld, eine Einwirkung des Ministeriums erfolge nicht. Offiziere, die übergegangen werden, verbleiben an Autorität ihren Untergebenen gegenüber. Der Bericht-erstatte Wagner bemerkte, daß Abschied sofort geschlossen sei, wenn von oben befohlen werde, daß kein Offizier seinen Abschied nehmen dürfe, der bei der Beförderung übergegangen sei. Der Minister erwiderte, daß eine solche Verfügung nicht mehr nöthig sei, da sie bereits befohlen, denn kein Offizier dürfe seinen Abschied nehmen, wenn er nicht seine Dienstuntauglichkeit ärztlich nachweise.

Frankreich. Paris, 16. Oktober. Der sozialistische Deputirte Gerault-Richard hat den Kammerpräsidenten Brisson gebeten, die Prot.

Vertheuerungfrage an die Spitze der Tagesordnung für die Kammerverhandlungen zu stellen. —

Die Wahlen des nächsten Jahres beleben schon jetzt das anparlamentarische Leben. Nachdem Herr Meline gesprochen, hat sein Hauptgegner, Herr Bourgeois, nun eine politische Bankettrede gehalten. Er vindizierte allen Regierungen seit 1890 das Verdienst der Durchführung der russisch-französischen Allianz zu, dann forderte er aus, das gegenwärtige Kabinett habe nicht die Mehrheit der Republikaner für sich, es führe Krieg gegen die alten Republikaner, vollbringe aus Furcht vor der Demokratie keine Reform, treibe Reaktion zu Gunsten gewisser Privilegierten und habe nur das Ziel, bei den Neuwahlen zu dominieren. Er, Bourgeois, wolle weder Reaktion noch Revolution, sondern Evolution durch regelmäßigen und friedlichen Fortschritt, während das Kabinett die Reaktion vorbereite und den Weg des Fortschritts hemme. Die Drohung mit der Auflösung der Kammer schrecke ihn nicht, seine Freunde seien bereit, vor dem Lande zu erscheinen. Das Kabinett bereite eine offizielle Kandidatenliste vor, die nur der Rechten und den Nationalisten nützlich werde, die Republikaner würden aber zu siegen wissen wie am 16. Mai. Redner protestierte sodann dagegen, daß sich Rom in die inneren Angelegenheiten Frankreichs bei den nächsten Wahlen einmische, und schloß, nachdem er noch die Rolle Frankreichs in der Orientfrage und ferner die Spekulationen in Getreide besprochen hatte: „Unser Programm ist in die vier Worte zusammenzufassen, Souveränität aller, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle. Wir sind auch entschiedene Verfechter des Privateigentums und der allgemeinen Einkommensteuer.“

Nur die Bourgeois am nächsten stehenden Blätter stimmen rückhaltlos seiner Rede in Chalons bei. Die Blätter der äußersten Linken erklären, Bourgeois habe in seiner Rede so sehr gefürchtet, die Grenze des parlamentarischen Anstandes zu überschreiten, daß sein Radikalismus ganz verblüfft erscheine. —

England.

London, 18. Oktober. (Voss. Zig.) Die „Times“ erfährt, daß Kabinet beschloß am Sonntag, weder die indischen Münzen wieder zu eröffnen noch an einer internationalen Münzkonferenz teilzunehmen; die indische Regierung hatte gegen die Öffnung der Münzen kräftig Widerpruch erhoben. Um den Anschauungen der Freunde des Bimetallismus im Kabinett entgegenzukommen, dürfte indes die Erklärung abgegeben werden, daß während dieser Hauptpunkt nicht aufgefunden werden könne, die Regierung bereit sei, irgend welche weitere Vorschläge der Vereinigten Staaten oder Frankreichs für die Rehabilitierung des Silbers zu erwägen. —

Italien.

Rom, 16. Oktober. Die Kommission der Vereiungung der römischen Kaufleute hat von den Maßnahmen, welche die Regierung bezüglich der Einkommensteuer-Einsparungen getroffen hat, mit Befriedigung Kenntnis genommen. Uebrigens haben von 14.598 Steuerpflichtigen in der Stadt Rom nur 71 2806 Einsprüche erhoben. Die gleichen Beschwerden, welche in Sizilien geltend gemacht waren, sind heute durch den Abschluß eines Uebereinkommens zwischen dem Finanzminister und den sizilianischen Deputierten erledigt worden. —

Florenz, 17. Oktober. Heute Nachmittag kam es hier nach dem Begräbnis eines Sozialisten, des Buchdruckers Bannucci, zu Unruhen, als die Polizei eine sozialistische Fahne entfernen wollte. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Während des Tumults führte der Polizeibrigadier Mancini zu Boden und verstarb kurz darauf infolge eines inneren Blutergusses. —

Spanien.

Madrid, 17. Oktober. Der „Imparcial“ meldet, die Verhandlungen der Regierung mit den Führern der kubanischen Autonomisten hätten nicht das erwartete Ergebnis gehabt. Die ministeriellen Blätter bestehen auf die Notwendigkeit energischer Maßnahmen, um den Aufstand auf Kuba mit Waffengewalt niederzujagen. Mit dieser Politik, in die übrigens die Vereinigten Staaten auch ein Wort dazurechnen haben, wird Herr Sagasta nicht mehr Glück haben, als seine konservativen Vorgänger. —

Rußland.

Von der oberschlesischen Grenze, 15. Oktober. (Sig. Ber.) Der Streik in der Gutsa Bankowa hat noch ein blutiges Nachspiel gehabt. Mehrere Frauen, deren Männer lebenslanglich nach Sibirien verbannt sind, belamen den allgemein verhassten Hüttendirektor Harting, in ihre Hände. Da sie ihm die Schuld an der Verurteilung ihrer Männer gaben, wollten sie ihn in einem Teiche ertränken. Herbeikommende Soldaten retteten jedoch den Hüttendirektor. Die Soldaten schossen blindlings in die Menge hinein und erschossen dabei zwei Männer, die jedoch an dem Aufbruch gar nicht beteiligt waren. Sienen wie diese sollen während des Streiks viel häufiger vorgekommen sein, als berichtet worden ist. Die Nachricht von der vorläufigen Beilegung des Streiks ist richtig; die Hütte steht indes unter dauernder militärischer Bewachung. —

Petersburg, 12. Oktober. (Köln. Zig.) Die Expedition, die ins Schattengebiet zur Erforschung der Ufer des Ochotskischen Meeres nach goldhaltigen Stellen ausgesandt war, hat angeblich zwölf neue Goldfelder entdeckt und ist bei einigen auf großen Goldreichtum gestoßen. Die Fundorte liegen im Flußlauf des Artych, der Nemuja und des Santor. Die Expedition wird in der Stadt Ochotsk überwintern, um dann im nächsten Jahre ihre Forschungen im westlichen Ufergebiet von Kamtschatka fortzusetzen. —

Serbien.

Belgrad, 17. Oktober. Wie bestimmt verlautet, hat Simic dem König telegraphisch die Demission des Kabinetts nach Wien gemeldet und der König dieselbe angenommen. Nach der morgen erfolgenden Rückkehr des Königs soll sofort ein liberales oder farbloses Kabinett ernannt, mit der bisherigen inneren und äußeren Politik gebrochen, von der von Simic befolgte Balkanpolitik abgegangen, ein reger Anschluß an Oesterreich-Ungarn durchgeführt und dem im Innern immer mehr zunehmenden Radikalismus Einhalt geboten werden. —

Türkei.

Ueber neue armenische Unruhen hat die Petersburg „Ruskoje Wremja“ durch die türkische Volkspartei in Petersburg folgende Mitteilungen erhalten: „Neunen bewaffneter, vom Revolutionärskomitee Ghindschalian organisierter Armenier haben in den Provinzen Dhanika und Sinas durch verbrecherische Handlungen die Ruhe und Ordnungen gestört, armenische Agitatoren haben sogar Frauen mit Martingewehren und Dynamitbomben bewaffnet und viel Unheil angerichtet. Durch den Generalgouverneur der Provinz sind namentlich die Häufelführer Olyep und Fran sowie Kelschenel verhaftet worden. Die Ruhe ist wiederhergestellt.“ Alles deutet darauf hin, daß die armenischen Unruhen wieder begangen werden. Von türkischer Seite wird alle Schuld natürlich auf die Armenier geschoben. Nach einer weiteren Meldung aus Petersburg haben die Mächte dem Sultan nahegelegt, daß jeder neue Akt fanatischer Barbarei, welcher von der muslimänischen Bevölkerung begangen werden sollte, vom Sultan allein vor Europa zu verantworten sein würde. —

Die Absichten der Pforte bezüglich Kreta's. Dem „Standard“ wird aus Konstantinopel vom 16. d. M. gemeldet: Unmittelbar nach der gestrigen Audienz des Vizekönigs Freiherrn von Galice beim Sultan wurde ein außerordentlicher Minister rath abgehalten, welcher, wie man glaubt, sich dahin ausgesprochen hat, es sei nunmehr Pflicht der Türkei, dem kretischen Aufstande ein Ende zu bereiten, da die Mächte sich unzufrieden gezeigt hätten, die Ordnung wiederherzustellen; die Pforte könne sich deshalb nicht damit einverstanden erklären, daß die türkischen Truppen zurückgezogen werden, und fordere dringend für sich das Recht, einen fremden Staatsangehörigen zum Gouverneur zu ernennen. —

Konstantinopel, 18. Oktober. Heute fand die erste Sitzung der türkischen und griechischen Friedensunterhändler statt. —

Äfrika.

Lagos, 17. Oktober. Eine Abtheilung von 80 Hausas unter dem Befehle des Kapitäns Guntzen wurde von dem Häuptling der Baribas angegriffen, welcher die Truppe für eine französische Abtheilung hielt. Der Angriff fand bei Ilesha westlich von Schaki im Yoruba-Lande statt. Der Feind versetzte über bedeutende Streitkräfte, mehrere tausend Mann. Die Hausas hielten sich sehr tapfer, mußten sich am Abend aber auf Schaki zurückziehen. Ihr Verlust betrug nur 6 Verwundete, während der Verlust der Baribas auf 800 Tote und Verwundete geschätzt wird.

Ueber den Hamburger Parteitag

geben wir noch einige Stimmen aus der Parteipresse wieder, damit die Verichterstattung über die Aeußerungen der Presse schließend: Die „Brandenburger Zeitung“ schreibt: Der bedeutendste Schritt der Partei ist seit Erlaß mit dem Beschluß der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen gemacht worden. Dieser Beschluß ist eine That. Er bedeutet faktisch die Einklinkung auf die politischen Dinge in Preußen. Die Sozialdemokratie hat sich, wie bisher im Reich, so nun auch in Preußen zum Faktor gemacht, mit dem Feind wie Feind wohl oder übel werden rechnen müssen. Wie auch der äußere Erfolg werden mag, der Beschluß bedeutet nichts Geringeres, als die Eröffnung des Kampfes gegen das Dreiklassen-Wahlrecht. Daß dieser Kampf den Kampf gegen das Ostelbthum in sich schließt, liegt in der Natur der preussischen Dinge selbst. Allerdings hätten wir es gern gesehen, wenn der Parteitag ganze Arbeit gemacht hätte. Er hat sich augenscheinlich noch durch das ominöse Wort des Kompromisses scheitern lassen, wiewohl er zwei Tage vorher einen Beschluß gefaßt hat, der die Regelung eines Kompromisses zum Zweck hat.

„Märktische Volksstimme“ in Frankfurt a. O.: Wir können nur mit großer Befriedigung auf die Verhandlungen unseres Parteitags zurückschauen.

„Tribüne“ in Gurt: Wir haben und von Anfang an als Gegner der Landtagswahl-Theilnahme bekannt. Wenn wir auch die Aufhebung des Kölner Beschlusses befürworteten, so doch nur, um den preussischen Genossen nicht in ungerechter Weise völlig die Hände zu binden. Wir fürchteten, durch Eingehen von Kompromissen mit den charakterlosen bürgerlichen Parteien auf eine schiefere Ebene zu geraten, die mit Glanz in den nächsten Sumpf bürgerlicher Grundlosigkeit und widerlicher Schacher- und Henschelpolitik geführt hätte. Diese Gefahr ist vermieden durch den Zusatz-Beschluß, daß Kompromisse und Bündnisse mit bürgerlichen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen.

„Vollkrotte“ in Stettin: Wir können bei der Landtagswahl das Agitationsfeld nicht lediglich dem Freisinn überlassen, aber andererseits sollte die Arbeit auch nicht gethan werden ohne entsprechenden Nutzen für unsere Partei. In dieser Beziehung nun war die Resolution Bebel klar und garantierte einen Erfolg; durch die Beschlüsse des Parteitages ist die Lage verwirrt und die Theilnahme sehr fraglich geworden.

„Rheinische Zeitung“ in Köln: Wie die Theilnahme unserer Genossen an den Wahlen zum Dreiklassenhaufe auf dessen Zusammensetzung wirken wird, läßt sich nicht absehen. Vermuthungen, Berechnungen und Erörterungen vermögen das nicht erkennen zu lassen; hier billigt nur die praktische Erfahrung. Und wenn auch unsere persönliche Meinung von dem Erfolg dieser erstmaligen Theilnahme nicht allzu groß ist, so halten wir den Versuch dennoch für geboten.

Chemischer Beobachter: Mit unserem Abgeordneten Schippel sind wieder einmal verschiedene Redner recht übel umgekommen. Da Genosse Schippel der Abgeordnete unseres Kreises ist, halten wir es denn doch für nöthig, demgegenüber festzustellen, daß ihm in der Sache offenkundig Unrecht geschehen ist. Auch diejenigen Redner, welche über den Verhandlungsgegenstand genügend unterrichtet waren, haben dies zugegeben. Es giebt auf allen Parteitagen die Gruppe der schamfängigen Palastwächter, die überall prinzipielle Verhöbe wittern und, glauben sie irgend etwas entdeckt zu haben, ein Geschrei erheben, als gälte es das Kapitäl zu retten. Derlei Genosse Hoffmann, dem wir aus seiner jamosen Broschüre „Die zehn Hölle und die bekämpfte Klasse“ die Prinzipienverhöbe gleich dughendweise herzhäuten wollen, hätte sich in das Mäugel des Palastwächters und saure auf den angeblichen Prinzipienverhöbe Schippel's los, offenbar froh wie ein Schneefögel, daß sich die Debatte einmal von seiner literarischen Thätigkeit ab und einem anderen zugewendet hätte. Was hatte denn Schippel eigentlich verbrochen? Er hat erklärt, warum die Partei die Artillerie-Neuforderungen nicht zu befürworten Agitation benutzte. Die in der Budgetkommission des Reichstages sitzenden Genossen haben die Gründe, welche die Neuforderungen nöthig machten, nur erfahren, nachdem sie Schweigen gelobt hatten. Im Plenum des Reichstages hat dann die Partei, wie steht, gegen die Neuforderungen gestimmt. Ein prinzipieller Verstoß war also hier nicht zu entdecken, deshalb wurde an Schippel's Aeußerungen herumgedokt. . . . Lebhafte bestreitet werden namentlich die Chemiker und ergebnisreichen Genossen über den Beschluß des Parteitages in der preussischen Wahlbetheiligungsfrage sein. Er giebt ihnen in allen Punkten recht. . . Der Hamburger Parteitagsbeschlus ist die offizielle Auerkennung der prinzipiellen Wichtigkeit unserer Haltung in der schlesischen Wahlbetheiligungsfrage von Anfang bis Ende, und noch nie ist innerhalb der Partei eine Opposition so friedlich, aber auch so gründlich abgeführt worden, wie die Kreise der „Leipziger Volkszeitung“ durch den Hamburger Beschluß.

Das „Gotthard'sche Volksblatt“ bemerkt über die Stellung des Parteitages zu den preussischen Landtagswahlen: So wie der Beschluß jetzt vorliegt, können auch die, welche eine Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen verweisen, einen Versuch damit machen. Jeder Kompromiß ist verboten und somit dem Feilschen und Schachern um das Mandat ein Riegel vorgeschoben.

„Volksfreund“ in Offenburg i. B.: Durch die Debatten und Beschlüsse der letzten Woche geht vor allem ein großer Zug, vielleicht der wichtigste an den ganzen Verhandlungen: Der Kampf gegen die Phrasen. Dieser Kampf wurde bei Gelegenheit einer Kritik des Vorwärts-Buchhandlungs-Katalogs begonnen, und zeitigte eine Debatte über Parteiliteratur, die in gewissem Sinne ein Seitenstück zu der Auerkennung auf dem Parteitag in Gotha bildete. . . Ueberraschend und wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam der Disput über die angebliche Kanonenbewertung Schippel's. In dieser Debatte hat Auer das erlösende Wort in dem Satze ausgesprochen: „Lassen Sie sich doch nicht von dem Geiste der Phrase beherrschen.“ In seiner jovialen Weise zeigte er, wie Parteigenossen mit Namen des besten Klans, wie Bebel, Liebknecht und er selbst, seit Jahren ganz auf dem gleichen Standpunkt wie Schippel stehen und daß, da es einmal nicht in unserer Macht liege, den Krieg zu verhindern, wir kaum wollten, daß die Arbeiter mit Steinen in den Krieg ziehen müßten. — Das ist es eben, daß auch die schönsten Prinzipien nicht über die Thatkraft weghelfen können, daß die europäischen Mächte vor allem Militärhaufen sind, aus denen man nicht mit geschlossenen Fäusten in das kommende Jogh des Zukunftsstaates hineinpringen kann, und solche Kleinigkeiten wollen eben auch im strengen Prinzipienkampf berücksichtigt sein.

„Volkstribüne“ in Wien: So oft unsere Parteigenossen „im Reich“ draußen einen Parteitag abhalten, beschleicht uns ein unüberwindliches Gefühl des Neides. Wenn wir schon so weit wären! — das ist der Stoffweiser, der sich jedesmal unserem Herzen entteigt. Es ist eine wahre Lust, ein Wittervergnügen, den Herzen und Auslassungsreden der deutschen Arbeiter in ihrem Parlament zu lauschen: So viel Verstand, so viel Einsicht, so viel Talent, so viel Wissen! Die Debatten bewegen sich auf einem so hohen Niveau, daß man die Empfindung von etwas maßlos Väterlichem hat, wenn man daneben das österröische Parlament stellt, wo sich die Gregorig und Tre wegen Sophonischen beschimpfen, wofür persönliche Beschimpfungen der niedrigsten Art die Stelle der Diskussion vertreten. Es weht

Zukunftslust aus den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie. Die Größe einer erhabenen Weltanschauung thront in dieser Versammlung, und das ist's, was die Kundgebungen der Partei so bedeutungsvoll macht, daß die ganze politische Welt ihnen sorglich lauscht. Dazu kommt freilich die Nachstellung der deutschen Sozialdemokratie, die Geschlossenheit und Disziplin ihrer Anhänger, ihre große Ausdehnung und die agitatorische Schlagkraft ihrer Argumente. . . Wir halten es jedoch für unsere Pflicht, auch über eine Frage unsere Ansicht zu äußern, die aus dem Parteitag zur Sprache kam, und der wir, trotzdem sie von der Reichstagsfraktion getheilt wurde, entgegenzutreten müssen. Durch Genosse Schippel war dem Parteitag mitgeteilt worden, daß die Fraktion im Reichstage zwar gegen die Bewilligung neuer Kanonen gestimmt hat, daß sie jedoch nicht viel Aufsehens davon gemacht habe, weil sie sich habe sagen müssen, daß es für den Fall des Krieges deutsche Arbeiter zu schützen gelte und diese ohne Kanonen der Vernichtung durch den Feind preisgegeben seien. Der über diese Erklärung auf dem Parteitag erlassene lebhafteste Unwille wurde durch Bebel, Auer und Liebknecht beschwichtigt, wobei insbesondere die ersteren erklärten, daß sie ja auch für die vortheilhaftere Uniformierung der Soldaten eingetreten seien. Wir halten nun vor allem diese letztere Beweisführung für einen Trugschluß. Zwischen den beiden Dingen ist ein großer Unterschied. Es ist etwas ganz anderes, ob ich für Uniformen eintrete, die die eigenen Soldaten vor dem Erkennen durch den Feind schützen sollen, oder ob ich für Kanonen eintrete, die zwar allerdings die eigenen Soldaten schützen, dafür aber andere Soldaten massenhaft tödten. Mit der ersteren Maßregel schade ich niemandem, mit der zweiten trage ich dazu bei, tausende von Proletariern, die nur durch den Willen der herrschenden Klasse mir feindlich gegenübergestellt werden, niederzuschießen. Wenn das erlaubt ist, dann hört der internationale Gedanke auf, Inhalt zu haben und sinkt zur sinnlosen Phrasen herab. Auf diesem Wege kann man nachgerade zur vollständigen Umgehung des Parteitags gelangen. Man darf eben nie vergessen, daß die Interessen aller Proletarier dieselben sind, und daß im Kriege nur die Interessen herrschender Klassen verfochten, dagegen die der Proletarier mit Füßen getreten werden. Die Ausrufe, daß es gelte, die russische Gefahr zu bekämpfen, ist auch nicht haltbar. Wird diese einmal lebendig, dann wird sich entweder ganz Europa gegen sie erheben, oder wenn nicht, werden die Kanonen auch nicht helfen.

Partei-Nachrichten.

Der Beschluß des Hamburger Parteitages über die preussischen Landtagswahlen wird in einigen Parteiblättern aus dem Grunde bemängelt, weil der Parteitag die Punkte 3 und 4 der Bebel'schen Resolution abgelehnt und damit den Mittag'schen Antrag angenommen hat, wonach Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen. Bemängelt wird dieser Beschluß meist dort, wo man von vornherein für ein Bündnis mit den Liberalen war, in der Meinung, es sei mit deren Hilfe möglich, den Einfluß der Junker zu brechen. Von dieser Seite wird insbesondere mit darauf verwiesen, daß der Beschluß über die preussischen Landtagswahlen in Widerspruch stehe zu dem Beschluß über die Reichstagswahlen, und zwar in so fern, als hier ausdrücklich Vorschriften gegeben sind, unter welchen Umständen allein für andere Parteien gestimmt werden darf, während eine solche Nichtstimmung für die preussischen Landtagswahlen zu geben, was Bebel vorschlug, vom Parteitag abgelehnt worden ist.

Auf diesem Widerspruch beruhend, wird nun dem Parteitagsbeschlus allerlei unterlegt, was nicht drin steckt. Von einem Widerspruch zu reden, ist aber deshalb nicht am Platze, weil Reichstag und preussischer Landtag von einander durchaus verschieden sind.

Am weitesten gehen in der freien Auslegung des Parteitagsbeschlusses die „Rheinische Zeitung“ in Köln und der Verfasser eines E. S. geeigneten Artikels in der „Vielsefelder Volkszeitung“.

Die „Rheinische Zeitung“ meint: „Der Beschluß des Parteitages besagt keineswegs, daß unsere Parteigenossen nun überhaupt nicht für Wahlmänner bürgerlicher Parteien stimmen dürfen. Denn wenn ich einem bürgerlichen Kandidaten meine Stimme gebe, ohne mich oder ihn zu etwas zu verpflichten, so ist das weder ein Kompromiß noch ein Bündnis. Nun hat der Parteitag in einem, wie uns scheint, überfüllten und angezwungenen Verfahren dem Beschluß eine Auslegung gegeben, wonach die Stimmabgabe für bürgerliche Kandidaten untersagt und nur die Aufstellung eigener, das heißt sozialdemokratischer Wahlmänner gestattet ist. Diese Auslegung widerstreitet dem klaren Wortlaut des Beschlusses. Ist die Auslegung bindend, dann ist unsere Theilnahme an den Landtagswahlen in dieser Form ein erfolgloses Beginnen. Kommt es uns darauf an, die bürgerliche Opposition zu stärken, und das ist das im besten Fall Erreichbare, dann kann es uns einerlei sein, ob wir das erreichen dadurch, daß unsere Genossen die bürgerlichen Wahlmänner wählen oder unsere Wahlmänner die bürgerlichen Landtagskandidaten.“

Und E. S. sagt in der „Vielsefelder Volkszeitung“: „Wir konstatieren, daß laut Bebel'scher Resolution, wie sie vom Parteitag angenommen worden ist, die Parteigenossen sich überall an den preussischen Landtagswahlen zu betheiligen haben, und zwar da, wo es möglich ist, durch Aufstellung eigener Wahlmänner, wo dies nicht möglich ist, durch Unterstützung der Wahlmänner der freisinnigen Volkspartei. Ein Kompromiß mit derselben ist aber verboten.“

Beiden Meinungen gegenüber sei einfach festgestellt, daß auf dem Parteitage Genosse Singer als Vorsitzender konstatirte, daß, wo von unseren Genossen Wahlbetheiligung beschlossen wird, überhaupt nur durch Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner in die Wahl eingetreten werden kann, und daß die sozialdemokratischen Wahlmänner für das kleinere Uebel, also für die uns am nächsten stehende Partei zu stimmen haben.

Und Bebel erklärte unter lebhaftem Beifall, daß nach der Annahme des Mittag'schen Antrages die Punkte 3 und 4 seiner Resolution erledigt seien, daß „also da, wo die Parteigenossen betheiligung sollten, keine eigenen Wahlmänner aufzustellen, sondern von vornherein für liberale Wahlmänner zu stimmen, das letztere absolut ausgeschlossen ist.“

Darauf erklärte Vorsitzender Singer unter Zustimmung des Parteitages: „Also in Konstatirte die Einmüthigkeit des Parteitages darin, daß auf Grund des hier gefassten Beschlusses eine demüthigliche Theilnahme nur durch Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner geschehen kann. Damit ist die Resolution erledigt.“

E. S. in der „Vielsefelder Volkszeitung“ meint nun: Es ist gar keine Frage, daß diese Konstatirung Singer's gar keine bindende Kraft hat. Bindende Kraft haben nur die Beschlüsse des Parteitages.“

Da die Singer'sche Interpretation des Beschlusses aber nicht nur von Bebel als Antragsteller seiner Resolution, sondern auch vom Parteitag in unausprechbarer Weise als richtig anerkannt worden ist, und zwar vor der endgültigen (Gesamt-) Abstimmung über den nunmehr vorliegenden Beschluß, so hat sie allerdings bindende Kraft.

In Leipzig wird uns geschrieben: Am Sonntag nahm eine Parteiverammlung für den 12. und 13. Reichstags-Wahlkreis (Leipzig Stadt und Land) den Bericht der Delegirten zum Hamburger Parteitag entgegen. In der Debatte wurde das Verhalten unserer Genossen in der Budgetkommission des Reichstages bemängelt; ferner kritisirte man, daß Schippel die Uebernahme des Referats zur Schutzoffrage abgelehnt hat. Schonlank und Geier nahmen unsere Genossen in der Budgetkommission und Schippel in Schutz und betonten, daß eine Prinzipienverletzung nicht vorgenommen ist. Zu dem Beschluß des Parteitages über die preussischen Landtagswahlen nahmen eine Reihe Redner Stellung; sie erklärten sich mit dem Beschluß nicht einverstanden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

— Das Landgericht in Stettin verurtheilte den Arbeiter Prochnow wegen Verbreitung der Agitationschrift „Der Pommer“ zu 8 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft, weil eine an

der Spitze dieses Blattes veröffentlichte Notiz, die die Ueberschrift trug: „Pommern, lest den „Pommer“!“ ein Aufruf sei, dessen öffentliche, nicht genehmigte Verbreitung auch dann strafbar wäre, wenn er sich in einer periodischen Druckschrift befände. Dagegen wurde der Mauerer Wager, der wegen öffentlicher Verbreitung des „Vollboten“ angeklagt war, freigesprochen. Hier hatte die Staatsanwaltschaft die Abonnement-Einladung als Aufruf betrachtet. Das Gericht entschied aber, daß es sich nicht um einen Aufruf, sondern um eine Aufforderung zum Abonnement handle.

— In Dortmund hat der Parteigenosse Bloch bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht, daß der liberale Bürgerverein am 18. September einen gefälligen Abend mit Damen veranstaltete, obwohl nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts die Festlichkeiten politischer Vereine den gewöhnlichen Versammlungen gleich zu achten sind und deshalb Frauen und Minderjährigen die Teilnahme nicht gestattet werden darf. Zur Begründung des Vorgehens des Genossen Bloch führt die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ aus: „Mehrfach ist den Vereinigungen der Klassenbewußten Arbeiter die Erlaubnis zu Festlichkeiten verweigert worden, weil die Beteiligung von Frauen zu erwarten, die betreffende Vereinigung aber ein politischer Verein sei, an dessen gefälligen und festlichen Veranstaltungen Frauen nicht teilnehmen dürften. Wir sind es aber satt, zuzusehen, wie gegen die Klassenbewußten Arbeiter das Vereins- und Versammlungsrecht aufs schärfste gehandhabt wird und dagegen die größtlichen Verdächte der Nationalliberalen strafflos durchgehen. Wir wollen nicht, daß nur die Arbeiter, nicht die Bourgeois die Härten des veralteten, reaktionären Vereinsgesetzes fühlen. Wir wollen kein zweierlei Recht, so lange wir nicht unter Ausnahmegesetz gestellt sind.“

— Wegen Beleidigung des Gendarmerie-Münter wurde der verantwortliche Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, Genosse Theiß in Dortmund, vom dortigen Landgericht zu 100 M. verurteilt. Es handelte sich um zwei Notizen, in deren erster gesagt ward, Münter sei seit einiger Zeit verschwunden; in der zweiten Notiz, die direkt unter der ersten stand, hieß es, Münter sei von einem längst abgelassenen achtstägigen Urlaube bis jetzt nicht zurückgekehrt. Bereits in der nächsten Nummer berichtigte die Redaktion diese unzutreffenden Mitteilungen und zwar mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß sie veröffentlicht worden waren. Aus diesem Grunde sah das Gericht von einer Freiheitsstrafe ab. — Von einer zweiten Klage, wobei es sich um Beleidigung des Schulmanns Kern in Unna handelte, wurde Genosse Theiß kostenlos freigesprochen, weil der betreffende Artikel im wesentlichen zutreffend war.

— Das Schwurgericht in Offenburg sprach den Redakteur des „Volkstreu“ Genossen Ged, von der Klage der Militärbeleidigung frei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Steinarbeiter! Wie bereits berichtet, haben sämtliche bei dem Baumeister Steinmark & Malin in Schweden beschäftigte Steinarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Unternehmer erklärte, sich deutsche Arbeiter kommen lassen zu wollen, oder die Arbeit in Hamburg oder Sachsen aufertigen zu lassen. Um dies zu verhindern, machen wir die Kollegen der Hafenstädte sowie die Kollegen Sachsens darauf aufmerksam, diese Arbeit nicht anzusetzen. Die schwedischen Kollegen hoffen auf einen Sieg, wenn die deutschen Steinarbeiter sich solidarisch fühlen. Die Arbeiten sind von Cottner Sanstein. Die Vertriebsleute der Hafenstädte, wie Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck, Stettin, Königsberg, werden ersucht, den Bezug nach oben genanntem Ort fernzuhalten. J. N.: P. Mitschke, Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Versammlungsfreiheit in Mecklenburg. Bekanntlich verbietet die Behörde in Mecklenburg seit langem jede Versammlung, die von unseren Parteigenossen einberufen wird. Solche Verbote sind nun allerdings nur zulässig für politische Versammlungen, aber es hat sich wiederholt gezeigt, daß auch eine Reihe gewerkschaftlicher Versammlungen mit ganz unpolitischen Themas verboten wurden. Vor kurzem hatte unser Parteigenosse Rasch in Salmsdorf (Mecklenburg-Strelitz) eine Versammlung der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter mit der Tagesordnung einberufen: Der § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Der Einberufer war der Meinung, daß es sich hier um ein unpolitisches Thema handle, meldete aber trotzdem auf Wunsch des Wirtes die Versammlung an. Interessant ist nun der Bescheid, den er auf seine Anzeige erhielt; er mag im Wortlaut hier folgen:

Auf das Schreiben vom 8. Oktober 1897 wird folgendes erwidert:

Wenn auch eine Verpflichtung, unpolitische Versammlungen anzumelden, nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, so ist es doch selbstverständlich, daß alle öffentlichen Versammlungen der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde unterliegen, soweit der Polizeibehörde nicht etwa bestimmte Schranken gezogen sind, was hier nicht der Fall ist.

Da nun infolge der Persönlichkeit des Anzeigenden und des in Aussicht genommenen Redners und der Unbestimmtheit des Themas, auch wegen der bevorstehenden Reichstags-Wahlen angenommen werden muß, daß die Versammlung lediglich dazu bestimmt ist, der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten, so muß dieselbe als eine politische betrachtet werden, und wird daher die Abhaltung derselben hiermit untersagt. Ein weiteres Motiv zur Unterfügung der Versammlung ergibt sich aus folgendem:

Aus der Persönlichkeit des Anzeigenden und dem Charakter des von demselben redigierten Blattes und den Zielen der sozialdemokratischen Partei als einer staatsgefährlichen ergibt sich, daß die Versammlung dazu dienen könnte, die Unzufriedenheit zu vermehren, was nicht im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit liegt.

Das Stattfinden der Versammlung wird daher ausdrücklich verboten.

Die Gendarmerie ist mit entsprechender Anweisung versehen worden.

Schönberg, den 11. Oktober 1897.

Großherzoglich Mecklb. Landvogtei d. B. N. gez. (unleserlich)

An den Redakteur des „Lübecker Volksboten“ Aug. Rasch in Lübeck.

Es wird zunächst überrascht, daß sich die Polizeibehörde auf den Standpunkt stellt, alle öffentlichen Versammlungen müssen angemeldet werden. Die Polizeibehörde weiß, daß eine gesetzliche Verpflichtung hierzu nicht vorhanden ist, aber sie fest sich leicht darüber hinweg und ordnet aus eigener Machtvollkommenheit an. Nicht minder frei ist die Schlussfolgerung, weshalb die Versammlung eine politische sein muß. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß man darüber getheilte Meinung sein kann. Die Gründe sind aber so seltsam und stehen so wenig in logischem Zusammenhang, daß sie rasch, als formular gedruckt, zum Verbot für jede Gewerkschaftsversammlung dienen können. Wie entsehllich muß aber für die Polizeibehörde die Aussicht sein, daß nach Bekanntgabe des Termins für die Reichstags-Wahl auch sozialdemokratische Versammlungen in Mecklenburg abgehalten werden können. Die guten Leute, die jetzt so eifrig für Ruhe und Ordnung sorgen, werden dann wahrnehmen, daß das Verbot reichlich nachgeholt wird und trotz alledem in Mecklenburg die Unzufriedenheit wächst. |

Groben Unfug sollte ein Harmonikaarbeiter während des Streiks in Magdeburg dadurch begangen haben, daß er Arbeitswille befristete. Das Schöffengericht hob das Strafmandat in Höhe von 20 M. auf und sprach den Angeklagten frei.

Strafgefangene als Vergleite! Unter dieser Epithete schreibt die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“: Sowie haben wir es schon im Zeichen der hohen Wäandern gebracht. Auf „Minister

Stein“, der großen Gelsenkirchener Gesellschaft gehörig, sind Strafgefangene als Vergleite thätig. Die Verwaltung erklärt zwar, nicht sie, sondern der Unternehmer Sprave habe die Leute eingeführt. Aber das ist gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß heute Sträflinge den Bergleuten das Brot wegnehmen, daß Sträflinge auf den Hützechen arbeiten, während bis jetzt noch viele Bergleute, die von 1889-94 wegen ihres Eintretens für die Organisation gemährt wurden, keine Arbeit auf den Hützechen finden! Noch neulich war ein uns bekannter gemährteter Bergmann auf der Arbeitssuche, vergebens! Aber Sträflinge, Leute, die sich mehr oder weniger gegen die geltenden Gesetze vergangen, die sind den Unternehmern „liebe Leute“. Arbeiter mit Rückgrat, die nicht kriechen und schwarzengeln, die nicht auf ihre Rechte als Staatsbürger verzichten, diese „treuen Verleichen“ mag kein Unternehmer leiden. Lieber Verbrecher als „Hecker“, so der Grundfay des hochmoralischen Kapitals. Und unsere Kameraden mögen dieses Grundfayes immer eingedenk sein.

Ausland.

In Ungarn streiken die Mauerer; unter ihnen befinden sich 400 Italiener; die Meister haben Unterhandlungen abgewiesen.

Wie uns geschrieben wird, haben sich die Streikenden zu Ausschreitungen gegenüber den Streikbrechern hinarbeiten lassen. Das hat den Behörden den willkommenen Vorwand gegeben, eine Menge Polizei und Soldaten nach Ungarn zu versenken. Die bisherigen Tagelöhne betragen für die Mauerer 3,80 bis 4,50, der Handlanger 2,70 bis 3,40 Fr. Diese Löhne, welche in der internationalen Fremdenstadt Ungarn armselige Tringelbder sind, sollten um ein wenig erhöht werden und so müssen die Arbeiter erst streiken.

Aus St. Loup sur Semaine, Haute Saône (Frankreich) wird uns geschrieben: Seit dem 11. September streiken hier 115 Möbelmacher. Der Unternehmer hat elektrisches Licht eingeführt und verlangt nun, daß jeder Arbeiter monatlich 2 Franken dafür bezahle. Für die Reinigung der Werkstätten wollte er jedem 25 Centimes bis 1 Frank abziehen; endlich sollten die Arbeiter jeden Monat einen Franken bezahlen zur Unterstützungskasse. Die Arbeiter verweigerten das und traten in den Ausstand. Um die Arbeiter des Herrn Wasser, so heißt der Unternehmer, zum Nachgeben zu zwingen, sperrten mehrere seiner Kollegen ihre Arbeiter ebenfalls aus. Durch dieses gemeinsinnige Vorgehen sind 400 Arbeiter hrotlos gemacht worden; davon sind 190 organisiert. Die zur Unterstützung einer so großen Anzahl Arbeiter nötigen Summen sind am Orte nicht mehr aufzubringen, und die Streikenden appellieren an die Solidarität ihrer deutschen Kollegen. Gelder würden zu senden sein an *Matiieu Delphin, Chambré syndicale de l'ameublement, St. Loup sur Semaine, Haute Saône, Frankreich.*

Die belgischen Minenbesitzer wollen dem „Etoile belge“ zufolge auf die vom Bergarbeiter-Verbande eingereichten Forderungen keine Antwort erteilen. Dagegen wollen die einzelnen Unternehmer mit Abgeordneten ihrer Arbeiter unterhandeln. Wie es heißt, sind sie bereit, eine progressive Lohnerhöhung einzutreten zu lassen.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Entgegen den von den deutschen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten, daß zwischen den Kesselbauern und den Unternehmern der Schiffsreparatur-Werkstätten eine Einigung herbeigeführt worden sei, theilt die „Daily Chronicle“ mit, daß die Arbeiter am Sonnabend die Werkstätten verlassen haben. — Herr Siemens, der kürzlich in Berlin war, um das Jubiläum der hiesigen Firma mitzufeiern, hat sich bei seiner Rückkehr nach London interviewen lassen. Dabei hat er mitgeteilt, daß die deutschen Unternehmer sehr befriedigt seien über die Haltung ihrer englischen Kollegen. Denn, wenn die Arbeiter in England siegen, müßten sie (die deutschen Unternehmer) befürchten, daß auch die deutschen Arbeiter immer mehr Ansprüche machen würden. Ganz richtig! Darum ist auch der Sieg der englischen Maschinenbauer ein Vorteil für die deutschen Arbeiter.

Soziales.

Bewegung der Bevölkerung Preussens im Jahre 1896. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung durch den Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle hat abermals, wie seit mehreren Jahren, zugenommen; die Zahl der Geborenen ist gewachsen, die der Sterbefälle hat sich vermindert; die Zahl der Eheschließungen hat erheblich — um 11 093 gegen das Vorjahr, also weit stärker als die Volkszahl — zugenommen, so daß eine weitere Erhöhung der Geburtenziffer für die nächsten Jahre zu erwarten steht.

Die nachfolgende Tabelle giebt für die letzten vier Jahre die wichtigsten Zahlen der Bevölkerungsbewegung mit Einschluß aller bis zum 1. April 1897 (für 1896, 1894 und 1893 bis zum 1. April 1896) zu amtlicher Kenntniss gelangten nachträglichen Beurkundungen:

	1896	1895	1894	1893
Geborenen überhaupt	1 226 107	1 208 215	1 182 998	1 195 492
davon Knaben	630 509	621 588	608 598	615 120
„ Mädchen	595 598	586 627	574 400	580 372
„ ehelich geboren	1 128 802	1 114 788	1 088 968	1 103 362
„ unehelich geboren	97 305	93 427	94 032	92 130
„ lebendgeboren	1 185 284	1 167 927	1 148 197	1 156 448
„ todtgeboren	40 823	40 288	39 801	39 049
Eheschließungen	264 823	253 729	250 980	248 348
Sterbefälle (ohne Todtgeborene)	666 677	689 629	679 877	746 624
davon männliche Personen	349 163	360 677	353 242	385 708
„ weibliche Personen	317 512	328 952	326 635	360 916
Natürl. Bevölkerungsvermehrung	518 507	478 298	483 320	409 819
davon männliche Personen	256 296	238 257	231 650	207 368
„ weibliche Personen	260 311	240 041	250 670	202 451

Vayerische Rekrutenstatistik. Das Zentrum im bayerischen Landtage hat in der vorigen Session bei der Beratung des Militärstatuts das Kriegsdienstministerium ersucht, eine Statistik darüber zu veranlassen, welchen einzelnen Berufsständen der Bevölkerung die bei der alljährlichen Aushebung als militärdienstunfähig oder als untauglich Befundenen angehören. Da in diesem Falle niemand im Landtage ein Interesse daran hatte, die Erforschung der Wahrheit zu verhindern, wurde die Bitte von den beiden Kammern zum Beschlusse erhoben. Das Ergebnis der Erhebung, die sich auf das Verwaltungsjahr 1896/97 bezieht, liegt nun vor. Es zeigt, daß in Bayern, das häufig noch als vorwiegend landwirtschaftlicher Staat hingestellt wird, die Landwirtschaft auch bei der Zusammenfassung des Heeres von den übrigen Berufsgruppen bereits sehr bedeutend überfüllt worden ist. Es kamen auf die Berufsgruppen:

	männlich: Einwohner überhaupt	Vorgerichte	Militärgeborene
I. Land- und Forstwirtschaft pCt.	1 268 905	41 832	11 058
„	44,8	40,0	40,2
II. Industrie und Gewerbe einschließlich Bergbau und Banwesen	968 041	47 751	18 553
„	34,2	45,7	49,3
III. Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft	249 899	7 658	1 744
„	8,8	7,3	6,4
IV. Sonstige Berufsgruppen	218 308	6 667	1 046
„	7,7	6,4	8,9
V. Personen ohne Beruf	125 377	843	72
„	4,5	0,6	0,2
Summe	2 890 120	104 551	27 467

Im oberschlesischen Industriebezirk wird gegenwärtig wieder sehr über Arbeitermangel geklagt, und die Zulassung galizischer

Arbeiter auf den Gruben nimmt wieder stark überhand. Dort sind, wie uns geschrieben wird, die Galizier bereits nicht mehr so launisch und genügsam als früher; sie seien bereits angeleitet von der Arbeiterbewegung ihrer Heimath. Auf die Dauer würden sie deshalb als Erfay für gemährte Sozialdemokraten nicht verwendbar sein.

Der Gewerbe-Oberinspektor Nulka in Wien hatte die Zeitungen der Fabrikanten aufgefordert, die Fabrik-Ordnungen nicht nur auszugeben, sondern sie auch jedem Arbeiter in dessen Muttersprache vorzulegen. Diese Anordnung, deren Berechtigung sich aus der Verwendung zahlreicher, des Deutschen nicht kundiger Arbeiter erklärt, rief unter den Fabrikanten einen Sturm der Entrüstung hervor, und Herr Nulka hat nun, infolge einer Verfügung des Handelsministers, seine Anordnung etwas modifiziren müssen. In einem neuen Erlaß bestimmt er, daß es zum Zwecke der Verlautbarung der Arbeitsordnung genügt, wenn die Uebergabe je eines Exemplares der Arbeitsordnung an die neu eintretenden Arbeiter erfolgt. Würden aber die Unternehmer es vorziehen, die Verlautbarung der Arbeitsordnung mündlich zu bewerkstelligen, so müßte dies allerdings in der dem Arbeiter verständlichen Sprache geschehen.

Es wäre zu wünschen, daß im Deutschen Reich sowohl für die einheimischen wie für die zahlreich verwendeten ausländischen Arbeiter ebenso gesorgt würde, wie es in dieser Sache in der österreichischen Hauptstadt geschieht.

Berichts-Beilage.

Wegen Beleidigung der Orts-Polizeibehörde zu Heegermühle hatte sich gestern unser Parteigenosse Stadtverordneter **Bruns** vor der Strafkammer des Schöffengerichts zu Heegermühle zu verantworten. In einer Versammlung zu Heegermühle war Genosse Bruns Referent; er soll nach der Klage in seiner Rede behauptet haben, „der Orts-Schulinspektor habe berichtet, daß die Kinder durch die Orts-Polizeibehörde veranlaßt wären, die Unwahrheit zu sagen.“ Durch diese nach der Behauptung der Klage nachweislich nicht wahre Thatsache fühlte sich die Orts-Polizeibehörde beleidigt und sie sowohl wie eine Reihe anderer vorgefester Behörden stellten Strafantrag. Der Angeklagte behauptet, nur gesagt zu haben, was in dem amtlichen Berichte der preussischen Gewerbebehörde enthalten sei. In diesem Berichte für das Jahr 1896 heißt es von der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Ziegeleien wörtlich:

„Ohne Erfolg waren die Erhebungen in der Schule zu Heegermühle, obgleich Kinderbeschäftigung bereits vorher festgestellt und der Staatsanwaltschaft angezeigt war. Der Kreis-Schulinspektor bemerkte in seinem Berichte zutreffend, daß die Kinder, aufseiner infolge der vorher durch die Ortspolizei für das gerichtliche Strafverfahren angefertigten Vernehmungen, für die Aussage in der Schule Anweisung erhalten hatten.“

Der überwachende Beamte jener Versammlung, der als Zeuge vernommen wurde, bekundete, daß der Angeklagte sich so wie er angiebt, geäußert haben könne, er habe auch nicht mehr den genauen Wortlaut im Gedächtnis, doch sei von ihm sofort notirt worden, was der Angeklagte gesagt habe und er wisse ganz bestimmt, daß dieser sogar noch hinzugefügt habe, den Kindern würde in der Schule Religion gelehrt und dann käme die Orts-Polizeibehörde und halte die Kinder an, die Unwahrheit zu sagen.“

Der Angeklagte bestritt, den obigen Satz ausgesprochen zu haben; wahrscheinlich verwechselte der Zeuge die oben zitierte Äußerung mit der wörtlich verlesenen Stelle des amtlichen Berichtes. Der Zeuge muß zugeben, daß der Angeklagte, der sehr schnell spreche, insofern Recht haben könne, als es nicht heißen müsse „Orts-Schulinspektor“, der Angeklagte könne auch gesagt haben „Kreis-Schulinspektor“. Die anderen beiden von der Klagebehörde vorgeschlagenen Zeugen wissen wesentliches nicht zu bekunden. Nach ihrer Ansicht hätte der Angeklagte nur das gesagt, was im wesentlichen schon vorher in einigen Zeitungen über die Zustände in den Heegermühler Ziegeleien enthalten gewesen sei. Der Anwalt beantragte 30 M. Geldbuße eventuell 10 Tage Gefängniß und die Publikationsbefugniß der beleidigten Behörde. Nach kurzer Beratung erkennt die Strafkammer demgemäß. Der Vorliegende hebt in seiner Urtheilsverurteilung hervor, daß die von dem Angeklagten aus dem amtlichen Bericht der Fabrikinspektoren zitierte Äußerung eine Beleidigung nicht enthalte; es seien vorzuziehen Fälle der Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen gerichtsbekannt. Die an sich schwere Beleidigung liege vielmehr in der von dem überwachenden Beamten beschworenen Äußerung, in der eine Beleidigung zweifellos enthalten sei. Der Gerichtshof halte die beantragte Strafe für nicht zu hoch, habe aber auch keine Veranlassung, über das Maß hinauszugehen, da der Angeklagte noch nicht wegen Beleidigung vorbestraft sei.

Demnach dürfte die Rechtsfrage zur gerichtlichen Entscheidung gelangen, ob jemand ein Recht auf sein Porträt hat und dessen Reproduktion in einer Zeitung unterliegen kann. Der in Berlin erscheinende „Reporter, Illustriertes Weltblatt“, hat seinerzeit eine Schönheitskonkurrenz veranstaltet und eine Anzahl von Damenporträts veröffentlicht, aus denen die Leser die schönsten durch Abstimmung ermitteln sollen. Ein dieser Porträts in Heft 39 des „Reporters“ Nr. 3 der aus 50 Bildern bestehenden Gruppe) ist ohne Genehmigung der betreffenden Dame eingeleitet worden, deren Angehörige dieserhalb Strafantrag gestellt haben. Es wurde ein Verfabren gegen Unbekannt eingeleitet, in dessen Verlauf gestern auf Anordnung des Herrn Ersten Staatsanwalts beim Landgericht I, Berlin, eine Hausfuchung in den Redaktionsräumen des „Reporter“ stattfand, durch die als Absender ein Postbeamter ermittelt wurde.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 18. Oktober. (B. S.) Dem „N. N. Z.“ wird entgegen den beruhigenden Nachrichten über das Befinden des Professors **Munkacsy** telegraphirt, daß der Zustand des Malers höchst unangünstig sei. Der Patient soll in den letzten Tagen einen schweren Tobsuchtsanfall gehabt haben, dessen Wiederholung sein Leben bedroht.

Triest, 18. Oktober. (B. Z. B.) Ein sozialdemokratischer Verein beabsichtigte in einem hiesigen Lokale eine Versammlung abzuhalten, der **Inhaber** des Gasthauses weigerte sich in dessen, daß Lokal zu der Versammlung herzugeben. Infolge dessen veranstalteten etwa zweihundert Arbeiter eine Kundgebung gegen das Lokal, wurden jedoch von der Sicherheitswache zerstreut. Eine Person wurde verhaftet.

Budapest, 18. Oktober. (B. S.) Der Wiener Arbeiterführer **Borkovetz** wurde polizeilich aus Ungarn ausgewiesen.

Budapest, 18. Oktober. (B. S.) In der letzten Nacht ist es anlässlich des Kirchweihfestes in der Theresienstadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem Pöbel und der Polizei gekommen. Auf beiden Seiten gab es Verwundete, viele Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Aggram, 18. Oktober. (B. S.) Ein heute Morgen 6 Uhr 55 Minuten hier stattgefundenes heftiges Erdbeben verursachte an mehreren Häusern Beschädigungen.

Bahn, 18. Oktober. (B. Z. B.) Gestern Abend geriet hier eine Naphthaquelle im Vororte **Romany** in Brand. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit auch über benachbarte Naphthausstellungen, so daß zur Zeit das ganze Thal von Romany einem Flammenmeer gleicht. Im ganzen sieben 4 Naphthaquellen und 28 Wohnhäuser in Flammen. Mehrere Geschäfte- und Wohnhäuser sind bereits vernichtet. Das Feuer konnte bisher nicht bewältigt werden. Der Schaden ist ein ungeheurer. Verunglückungen von Personen wurden bisher nicht gemeldet.

Athen, 18. Oktober. (B. S.) Bezüglich der Anleihe sollen neue Schwierigkeiten entstanden sein. Frankreich und Rußland weigern sich, die Bürgschaft zu übernehmen, während England allein für eine solche nicht einsteigen will.

Kommunales.

Aus der Landparlament. Von den drei Projekten über die Durchlegung der Hauptstraße über den Wilhelmplatz hinweg...

Das vom Stadtlehrer Dr. Kallmann ausgearbeitete Projekt für die Ergänzung der elektrischen Straßenbeleuchtung...

Die Probebeleuchtung mit Gasglühlicht in der Markthalle IX (Fildersstr. 43/44 und Eisenbahnstr. 42/43) hat solche günstige Resultate ergeben...

Lokales.

Der sozialdemokratische Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis begeht am Sonnabend, den 13. November d. r., in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain...

Die Kammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin trat gestern im hiesigen Provinzial-Ständehaus zu einer Sitzung zusammen...

Nach Schluß der Generaldebatte beschließt die Kammer in namentlicher Abstimmung mit 36 gegen 23 Stimmen, eine spezielle Beratung des Entwurfs wegen der Unschlüssigkeit neuer Vorschläge abzulehnen...

Ueber den Freiherrn von Hammerstein weiß die „Volks-Zeitung“ zu berichten, daß er im Zuchthaus zu Moabit noch immer als krank geführt werde...

auch zahlreiche Antwortschreiben. Da der Trauring „ins Fleisch eingewachsen“ ist und alle Versuche, ihn abzutrennen, fehlgeschlagen, so trägt Herr v. Hammerstein dieses Ehehindernis...

Wenn dieser Bericht richtig ist, so muß man sich über die Menschenfreundlichkeit der Zuchthausverwaltung wundern. Wir gönnen dem Freiherrn v. Hammerstein von ganzem Herzen die sorgfältige Behandlung...

Patriotischer Müß. Das „Buchhändler-Börsenblatt“ enthält folgende Anzeige:

Die zur Konkursmasse der Paul Mittel'schen Verlags-Buchhandlung in Berlin gehörigen, bei der Leipziger Buchbinderei-Knittelgesellschaft vormals Gustav Frische lagernden Bestände...

Es zeugt für den gesunden Sinn der Bevölkerung, daß eine derartige Literatur trotz des krampfhaften Bemühens der Volkseinde für Geld nur schwer oder gar nicht loszuwerden ist...

Arnold Böcklin's 70. Geburtstag ist vorgestern auch in der alten Arealia begangen worden, allwo bekanntlich regelmäßig des Sonntags populäre Vorträge aus dem Gebiete der Malerei gehalten werden...

Vom Berliner Verkehr. Im Jahre 1896 wurden in Berlin befördert: von Omnibussen 43 452 646 Personen, von den Pferde- und elektrischen Bahnen 187 937 467...

Der Berliner Rettungsgesellschaft haben sich der Med. Ref. zufolge ungefähr 700 Ärzte zur Verfügung gestellt. Die Zentralstelle, Oberwasserstr. 10, und die Hauptwachen in den öffentlichen Krankenhäusern sind eingerichtet...

Auch am vorigen Sonntag lagen die Frommen evangelischer Richtung im Wahlkampf mit einander. Es siegten in Heilig-Kreuz die Liberalen, desgleichen in Louisestadt, in der Lutbergemeinde, in Nikolai und in Georgen...

In der Angelegenheit der vier verwahrlosten Kinder aus der Anklamerstraße wird von einem Nachbar der Familie Behrend mitgeteilt, daß er schon vor Jahresfrist eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet hatte...

Es wird uns noch berichtet, daß die Eltern keine eigentlichen Rohheiten an den Kleinen begangen haben; im Gegenteil habe man den Eindruck gehabt, daß sie es in ihrer Art gut mit den unglücklichen Geschöpfen meinten...

Die Verlegung der Vorfis'schen Maschinenfabrik und Eisengießerei von Moabit nach Zehlendorf wird nach einer Mitteilung des Moabiter Fabrikdirektors bestimmt am 1. Juli nächsten Jahres erfolgen...

Zur Verhaftung des Buchwachers Mr. Reader auf der Karlsdorfer Bahn erfahren wir noch folgendes: Reader wurde nach seiner Einlieferung in das hiesige Polizeipräsidium zunächst nach dem Untersuchungsgefängnis überführt...

Zwei Selbstmorde werden vom Sonntag gemeldet. Im ersteren Falle handelt es sich um einen in der Yorkstraße wohnenden 65-jährigen Rentner F., der aus Liebesgram sich eine Kugel durch den Kopf schoß...

Ein irrsinniger Sträfling ist entflohen. Der mehrfach verurteilte Sträfling Dohmeyer, der sich seit längerer Zeit in der Zuchthausanstalt des Moabiter Zellengefängnisses befand, sollte in eine Privat-Ferienanstalt zu Königs-Lutter im braunschweigischen Kreis Helmstedt übergeführt werden...

Ueber eine Massenvergiftung durch den Genuß von geträuchertem Gänsefleisch wird berichtet: Ein Mitglied der in den

Deutschen Konzerthallen, Spandauerbrücke, aufstretenden österreichischen Damenkapelle Vivox hatte vor einigen Tagen aus der böhmischen Deimath eine geräucherter Speckgans erhalten...

Aus der herrlichsten der Welten. Verzweiflung hat den 24 Jahre alten Schneider Otto Reidt, der seit ungefähr einem Jahre bei der Wittve Zietz in der Adalbertstr. 21 wohnte, in den Tod getrieben...

Mit etwa 500 M. ist der frühere Kaufmann Rudolf G., der im Betriebe der Firma Ludwig Löwe den Posten eines „Bierausgebers“ bekleidete, am Sonnabend Nachmittag durchgegangen...

Ein Radler mit einem — Stetshuf erregte am Donnerstag bei den Passanten der Sebastian- und Luckauerstraße ungeheures Aufsehen. Der betreffende Herr trat sein Zweirad nur mit dem linken Fuß, während das rechte Holzbein bewegungslos herunterhing...

Die Zeremonie einer Fahnenweiheung ist am Sonntag vollzogen worden. Hierbei hielt Kaiser Wilhelm II. eine Rede, in welcher er zu den Offizieren u. a. sagte: „Ihnen, meine Herren, ist es, die heranwachsende Jugend in der alten, frommen Zucht zu erziehen.“...

Mit einem brennenden Gütthofe inmitten der Reichshauptstadt hatte sich am Sonntag Nachmittag die Feuerwehrt zu beschäftigen. Auf dem Grundstück Prenzlauer Allee 248 befindet sich ein großer Gütthof, welcher den Böhowschen Erben gehört...

Feuerbericht. Sonnabend Abend 7 Uhr brannte Kommanbantenstraße 87 Plagwitz. Bald darauf wurde die Wehr nach Landbergerstraße 9 gerufen. Hier war eine Petroleumlampe explodiert, als das Dienstmädchen seine auf dem Gangeboden befindliche Schlafstelle aufsuchte...

Feuerbericht. Sonnabend Abend 7 Uhr brannte Kommanbantenstraße 87 Plagwitz. Bald darauf wurde die Wehr nach Landbergerstraße 9 gerufen. Hier war eine Petroleumlampe explodiert, als das Dienstmädchen seine auf dem Gangeboden befindliche Schlafstelle aufsuchte...

Selbstmord eines Apothekers. Gestern Vormittag vergiftete sich in Friedrichshain der 42 Jahre alte Apotheker Wilhelm N. mit Strichnium und starb bald darauf in dem nahen Krankenhaus...

Die neuesten Erwerbungen des Berliner Aquariums kamen in erster Reihe den Abteilungen der Meerfische und der auf der Grenze von Tierier und Pflanze lebenden Geschöpfe zu...

Table with 5 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, and Temperatur. Lists weather data for various stations like Hamburg, Berlin, and others.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. Oktober 1897. Warm, theils heiter, theils wolkig mit leichten Regenfällen und schwachen südwestlichen Winden.

Dank.

Für die theilnehmenden Zuschriften, die mir in den letzten Tagen zugegangen sind, und die einzeln zu beantworten mir nicht möglich ist, sage ich hiermit herzlichsten Dank.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Ang. hier. Antwerpen. Der rothe Wilhelm. San Kol; J. V. Troelstra. Name und Bezeichnung, Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten, 3 Graavenhage, genäh.

Veren, Welchenweg 27 bei Wilsch. - Wolfmeier, Jmannsstraße 12/13 bei Schiller. - Bauer Galt, Langenbeckstr. 4 bei Dehmel. - Heuber, bund, Grünaustr. 6 bei Gadow. - Stäbenbust, Colbenaustr. 1 bei Heide. - Kubaig, Wölschstr. 6 bei Schind. - Kräftiger Zug, Wilmannsstraße 60 bei Schind. - Lange Wette, Friedrichsberg, Hummelbergstr. 23 bei Weidlich. - Claus Wolke, Reinholdstr. 33 bei Joh.

Urania

Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse No. 57/58: Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit! Indisches Dorf mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt Hoang Toon.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Bärenweib die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahres.

Circus Busch

(Bahnhof Börse). Dienstag, den 19. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: High-life-Evening. Zum 1. Male: Moderne Reiter-Spiele, ger. von 4 Damen.

Böhmisches Brauhaus

Landberger Allee. Heute, sowie jeden Dienstag: Stettiner Sänger (Weissel, Vietro, Britton, Steidl, Kroue, Mühl, Schneider und Schrader.)

Theater der Reichshallen

Loipzigerstrasse 77. Miss Iris! Das flammende Räthselt? und das vollständig neue Programm 24 Nummern.

American-Theater.

Dresdenerstr. 55. Dienstag, den 19. Oktober 1897: Solofolter Erfolg! Sturm. Weisheit! Berlin wie's näht und treunt.

Wühler-Theater

(Wühler-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Tropfen Gift. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Traktier.

Luisen-Theater

34. Reichsbergerstrasse 34. Abends 8 Uhr: Der große Wohlthäter.

Kabale und Liebe.

Ein bürgerliches Trauerspiel von F. v. Schiller. Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektrische Bahn: Dönhofsplatz - Reichsbergerstrasse in 10 Minuten.

Ostend-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132. Dr. G. Wolff. Zum 4. Male: Die Geisterlocke.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30. Direction Richard Schultz. Dienstag, den 19. Oktober 1897: Emil Thomas a. G.

Berliner Fahrten.

Beste und billigste Ausflugsreise mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhaldt. Musik von Prof. Einshöfer.

Alcazar

Variété-Theater I. Rang. Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage) Wilmannsstraße 42/43. Direction Richard Winkler.

Thalia-Theater.

Dienstag, den 19. Oktober 1897. Zum 4. Male: Hôtel Tohu-Bohu.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dr. J. Glöckl. Erna Koschel. Mr. Brown.

Marie Halton,

amerikanische Operetten-Diva. Mr. Rodo Leo Rapoli. Dagmar Hansen. Neun Heinzelmännchen. Flip, Flap, Flop!!

Kinetograph

etc. etc. etc. Kasernenstr. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22. Größt. Vergnügungsfokal Berlin's Direction: Winkler und Fröbel.

Richard Winkler und Wilhelm Fröbel

in der Berliner Gesangs-Vorlese: 'Ne wilde Enche. Neue Spezialitäten.

Dr. Simmel

Moritzplatz, Land u. Wälder Spezialarzt f. Haut u. Venenleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Schreien hilft nicht, die Erfolge beweisen!

Reichthum an künstlerischer Thätigkeit besitzt das I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater. Direktion Gebrüder Herrfeld in Kaufmann's Variété.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24. Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Wer ist der Vater?

Ein Abend im Wintergarten u. im Atelier. Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorn. 11 bis nachm. 5 Uhr Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld im Theater-Bureau statt.

Kirche und Proletariat.

Wie soll die Kirche unter den heutigen Verhältnissen den Armen das Evangelium verkünden? Vortrag an der Schweiz. reform. Prediger-Versammlung in Ghr 1897 von Prof. P. H. Käfer. Preis 30 Cts. 30 Seiten 8°. Gegen Einzahlung von 35 Cts. in Briefmarken erfolgt franco Zusendung.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant 97. Dresdener-Strasse 97. Die Reizenburg.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 10. Ein weißer Hase oder: Der ehrliche Waffler.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuscherstr. 4a. Dr. S. Pierry. Künstlerischer Leiter Prof. W. H. Müller.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75. Joh. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich.

Hermann Kreuschner

im 44. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Am Urban nach dem St. Emmerich-Kirchhof statt.

Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Wohnungs-Ränze, Quirlanden, Balkenbänken, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Friedrich Hoppe

am Sonnabend, den 18. d. M., nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johann's-Kirchhofes (Widensee) aus statt.

Johannisbeerwein

10 Liter Weinglas 10 Pf. Eugen Neumann & Co., Obst- und Beerenweinkellerei.

Franz Beyer, Chauffeestr. 103.

Sämmtliche Weine zu Engros-Preisen. Rordhäuser (so gut wie Cognac) Alter 65 Pf. 33303* Punsch u. Glühwein Lit. 1.50 M.

Lohnende Fabrikationen.

einfache Einrichtungen incl. Verfahrn zur Fabrikation von Feuer-u. Kohlensandern, Wasch- u. Toiletseifen, Seifenpulver und Stiefelwachs etc.

Betten

pracht. Stand sof. f. 20 M. zu verf. Ritterstr. 118 v. II z.

F. Rautenberg's Keffäle, Oranienstr. 180.

Sonntag, 28. November, sowie Sonnabende und Sonntage im Dezember noch an Gesellschaften zu verg.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Dr. Lager gebaueter und verlebter gemelter Möbel.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig, 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich 10 Pf. Woche. Handlung: Berlin-Just. P. Wagner, Neue Königsstr. 17.

Billards

große Auswahl auch auf Theilzahlung, empfl. die Billardf. von Hermann Otto & Cie., SO. Oranienstr. 28 (u. Halberstr.)

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Barg-Magazin

Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskistrasse 3. 30503* und Beerdigungs-Comtoir.

